№ 187 Abend-Ausgabe
B 92

Berlin

Dienstag 21. April 1925
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 2600—2663. Für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2686—2695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Fiasko der Hannover-Komödie.

Unnütze Bloßstellung Hindenburgs.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wsch **New York**, 21. April.

Die hauptsächlichsten New-Yorker Zeitungen nehmen heute zu dem Hindenburg-Tag Stellung. Es zeigt sich, daß der von den Managern mit der Schaustellung Hindenburgs verfolgte Zweck völlig verfehlt wurde.

Die „Times" schreiben beispielsweise: Die übereifrigen Versuche, zu beweisen, daß bei dieser Wahl die Monarchie nicht gegen die Republik kämpfe, ändern nichts an der Meinung der Außenwelt. Der Feldmarschall selbst ist zweifellos ehrlich, wenn er die Innehaltung der Verfassung verspricht. Aber die Frage ist ja gar nicht die, wie er sich zur Verfassung stellt oder welche augenblicklichen Absichten seine Hintermänner haben. Es geht um die Grundlagen der Verfassung und Geistesrichtung des deutschen Volkes. Hindenburgs Wahl würde als erster erfolgreicher Angriff gegen die Republik aufgefaßt werden müssen. Hindenburgs Verurteilung kriegerischer Abenteuer ist sicherlich deutlich genug. Leider ist sie nur auf die augenblickliche Hilfslosigkeit Deutschlands basiert. Eine feststehende Tatsache ist leider, daß die Kräfte hinter ihm nicht solche guten Freunde einer dauernden Friedenspolitik sind wie die Kräfte hinter dem republikanischen Kandidaten. Denkende deutsche Wähler müssen sich heute fragen, wie die Außenwelt, insbesondere die früheren Feinde, vom Ergebnis berührt werden. Gewiß, jede Nation wird gewöhnlich einen Einspruch von außen bei solchen Angelegenheiten übelnehmen, aber das kann für Deutschland diesmal nicht zutreffen, wo die Volksmehrheit weiß, wie abhängig sie von der Haltung anderer Völker ist. **Zur Erholung Deutschlands gehört guter Wille oder mindestens Geduld der früheren Feinde und Freunde. Die Anleihen sind für Deutschland von größerer Wichtigkeit als die Befriedigung an der Wahl eines Präsidenten.**

In ähnlichem Sinne schreibt auch „Herald Tribune": Hindenburg tat sicherlich in der Sonntagsrede sein Bestes, um das bereits gefällte Weiturteil, das in seiner Wahl zum Reichspräsidenten eine Bedrohung der Republik und der Verträge sieht, zu mildern. Die deutschen Wähler wissen genau, was eine Wahl Hindenburgs für sie bedeuten würde. Bei seinen Ergebenheitsversicherungen an das deutsche Volk und bei der Betonung seines Wiederaufbauwillens kann man leicht zwischen den Zeilen lesen. Diese Versicherungen sind bestimmt, die ausländische Meinung zu beschwichtigen. Das Ausland wird damit eingeladen, Hindenburgs Rede als die Absage an eine monarchistische Restauration, unerlaubte militärische Vorbereitungen und Feindseligkeit gegen die Durchführung der Friedensverträge auszulegen. Diese Absage ist keineswegs eindeutig und soll auch innerhalb Deutschlands keineswegs als solche ausgelegt werden. Von Hindenburgs Standpunkt aus besteht die Schwierigkeit darin, daß der gewählte Reichspräsident auch auf die Außenwelt Rücksicht nehmen muß. Deutschland hat den Goldstandard aufgebaut auf fremde Kredite, die es durch Versprechungen erhalten hat, nach dem Dawes-Plan zu leben. **Der ganze Aufbau würde zusammenstürzen, wenn diese Versprechungen annulliert würden durch die Wahl eines Präsidenten mit Hindenburgs Vergangenheit und Anhängerschaft.** Gewiß gibt es viele Deutsche, die ein Verlassen des Dawes-Planes und eine Annullierung der Verträge erleben möchten, gleichgültig, was daraus entstehen würde; denn Haß siegt oft über Selbsterhaltungstrieb. Wenn Deutschland aber wirklich seinen alten Stand in der Welt zurückgewinnen will, muß es durch guten Willen beweisen, daß es zum Platz an der Sonne berechtigt ist.

Maltzahns Verhandlungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wsch **New York**, 21. April.

Der deutsche Botschafter Maltzahn ist nach mehrtägigen Verhandlungen mit den New-Yorker Bankiers und Politikern heute nach Washington zurückgekehrt. Die New-Yorker Bankwelt hat dem deutschen Botschafter die eventuellen Folgen eines Hindenburg-Sieges deutlich gekennzeichnet. Mehrfach wurde erklärt, daß die augenblicklichen Anleiheschwierigkeiten ein Dauerzustand würden, wenn Deutschland kurzsichtig genug sein sollte, Hindenburg zu wählen. Die Bemühungen Maltzahns, die Präsidentenwahl als „unwichtig für die deutsche Außenpolitik" hinzustellen, haben scheinbar nur geringen Erfolg gehabt. Die Amerikaner sind nicht so leicht davon zu überzeugen, daß die deutsche Politik vom Reichstag und nicht vom Präsidenten gemacht werde, weil immer die amerikanische Politik zu Vergleichen herangezogen wird, wo der Präsident ganz anders als der deutsche Präsident ausschlaggebend ist. Nach der amerikanischen Meinung hat der deutsche Präsident die gleiche Macht, wie der amerikanische, und daher ist ein deutscher Einwand, daß die bevorstehende Wahl, wie immer sie auch ausfallen möge, die deutsche Politik nicht ändere, hier kaum wirksam. Maltzahn wird am Tage nach der Wahl vor der Newyork Banking Association sprechen.

„Der Retter."

An den Anschlagsäulen prangt seit einigen Tagen das Werbeplakat des Reichsblocks. Es zeigt den Kopf Hindenburgs und daneben in blutroter Schrift die Werbeformel: „Der Retter". Wo politische Gedanken fehlen, wo vor allem ein einleuchtendes politisches Programm fehlt, da stellt ein billiges Schlagwort zur rechten Zeit sich ein. Wovor und worauf soll der Generalfeldmarschall von Beneckendorff und Hindenburg Deutschland retten? Vor dem Bolschewismus und dem Chaos haben es nach dem Zusammenbruch im November 1918, der durch die Oberste Heeresleitung verschuldet worden ist, die Volksbeauftragten bewahrt. Aus der Inflation, deren schlimmste Auswirkung wir den deutschnationalen Beratern des Kabinetts Cuno zu verdanken haben, hat uns ein Kabinett der Mitte herausgeholfen. Vor der Gefahr einer unabsehbar langen Besetzung der Ruhrgebietes, des Verlustes des Rheinlandes hat uns auf der Londoner Konferenz das Kabinett Marx bewahrt. Daß Deutschland sich allmählich wieder erholt, im Reiche wieder geordnete Zustände herrschen, für die Zukunft freundliche Aspekte sich öffnen, das haben wir all jenen Männern zu danken, die seit November 1918 in stetem Ringen mit der sogenannten „nationalen" Opposition, von den Deutschnationalen geschmäht, verleumdet und verfolgt, kühle nüchterne Realpolitik getrieben und es abgelehnt haben, das Reich in wilde Abenteuer zu verwickeln.

Wer den heutigen Zustand Deutschlands mit dem vor sechs Jahren vergleicht, muß anerkennen, daß auf diesem Weg Beträchtliches erreicht worden ist. Worin soll die „Retter"-Mission Hindenburgs bestehen, der in dem bestellten Reuter-Interview sich zur Erfüllung des Versailler Vertrages auch in militärischer Beziehung bekannt, die Grenzen im Osten nur im Wege gütlicher Verhandlungen ändern will und sich gegen jede kriegerische Aktion ausgesprochen hat, weil sie töricht und für Deutschland katastrophal wäre?

Gewiß: Deutschland steht erst am Anfang seines Wiederaufstiegs. Eine unendlich große und schwierige Aufgabe harrt noch der leidenschaftslosen, zähen und opferwilligen Arbeit kluger politischer Männer, die in Jahrzehnten wiedergewinnen sollen, was wir nach vier Kriegsjahren verloren haben. Aber vergebens hält man Ausschau nach dem Rettungsprogramm, das der 77jährige Generalfeldmarschall am Rande seiner irdischen Laufbahn verwirklichen soll. Wenn man es genau und nüchtern besieht, dann soll Generalfeldmarschall von Beneckendorff und Hindenburg in diesem Wahlkampf nur eine Retterrolle spielen, die des Retters der Deutschnationalen aus ihren parteipolitischen Nöten. Hindenburg soll es den Deutschnationalen ermöglichen, wieder zur Alleinherrschaft im Deutschen Reiche zu gelangen, er soll ihnen den Weg zu den entscheidenden Machtpositionen bahnen.

Wir wissen das jetzt aus ihrem eigenen Geständnis. In der gestrigen Sitzung des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei, deren Geheimprotokoll auszugsweise an anderer Stelle veröffentlicht wird, hat es der Reichsinnenminister Schiele, der Vertrauensmann der Deutschnationalen in dem Kabinett Luther mit jener Offenheit, die man im intimen Kreise sich gestatten darf, herausgesagt: „Bei Niederlage (Hindenburgs D. Red.) dürfte die letzte Hoffnung der Deutschnationalen, zum mindesten für die nächsten sieben Jahre, völlig vernichtet sein." Mit der Hilfe Hindenburgs hoffen die Deutschnationalen den außenpolitischen Kurs gründlich zu ändern, den Verhandlungen über den Sicherheitspakt ein rasches Ende zu bereiten, den verhaßten Reichsaußenminister zu beseitigen.

Wie sehr Hindenburg eine ausschließlich deutschnationale parteipolitische Kandidatur ist, geboren aus dem Streben, die Führung innerhalb der Rechtskoalition an sich zu reißen, die Deutsche Volkspartei an die Wand zu drücken, die Außenpolitik nach deutschnationalem Rezepte bestimmend zu beeinflussen, das haben die Deutschnationalen unter sich im engen Kreise deutlich gesagt.

„Der Reichsblock ist ein einfeßliches Konglomerat. Entweder wir siegen oder wir beugen uns unter das laudinische Joch Stresemann" sagte der Abgeordnete Schlange-Schöningen, der in seiner Fraktion eine führende Rolle spielt. „Wir haben es restlos satt, Herrn Stresemann auch nur einen Schritt noch zu folgen" aktompagnierte ein Vertreter von Weser-Ems. „Ich freue mich über das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei, und daß wir die Führung an uns gerissen haben. Wir werden sie auf jeden Fall behaupten" bekannte der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei.

Deutlich zeichnen sich hier die politischen Ziele ab, die die Deutschnationalen mit der Kandidatur Hindenburg verfolgen. Die Existenz der Deutschnationalen hängt davon ab, daß sie die Leidenschaften im Volke aufwühlen können. Sie haben von Clemenceau und haben von Poincaré gelebt und sehen die Grundlagen ihres parteipolitischen Daseins erschüttert, seitdem sich infolge der geänderten Einstellung in Frankreich und in England die Möglichkeiten eines Arrangements zeigen, das ein friedliches Nebeneinanderleben der großen Völker in Europa ermöglicht. Jede friedliche Geste ist ihnen ein Greuel, jede friedliche Verhandlung ein Entsetzen. Ihr Element ist die Verhetzung, und um zu hetzen, ist ihnen jedes Mittel recht, auch das „bundesgemäße". Man erschrecke nicht über dieses Wort, es stammt nicht aus unserem Sprachschatz, sondern aus dem der Deutschnationalen.

Die bevorstehenden Erklärungen Painlevés.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

e **Paris**, 21. April.

Die Ausgäge, die die heutige Morgenpresse über den Inhalt der heutigen Regierungserklärung gibt, entsprechen im allgemeinen den bereits von uns gegebenen Nachrichten. Die Regierung wird mit großer Schärfe besonders die beiden Hauptprobleme der augenblicklichen französischen Politik, die Frage der Sicherheit und der Finanzreform, herausstellen. Hinsichtlich der Sicherheit wird betont werden, daß das Kabinett Painlevé die Politik Herriots von London und Genf fortführen wird, die Politik, die sich in den drei bekannten Schlagworten Schiedsgericht, Sicherheit und Entwaffnung zusammenfassen läßt. Auch das Kabinett Painlevé wird nach den Worten seiner Regierungserklärung besonders für die Annäherung unter den verschiedenen Völkern eintreten. Hinsichtlich des Finanzproblems wird die Regierungserklärung zwei Punkte erwähnen.

Zunächst wird versucht werden, das Budgetgleichgewicht zu konsolidieren, und zwar durch sofort wirksame Maßnahmen, sowie die Schwierigkeiten des Schatzamtes zu beheben. Dann wird für die spätere Zeit ein umfassender Reformplan in Aussicht gestellt. Es wird aber gleich betont werden, daß angesichts der Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage evtl. große Opfer vom Lande zu fordern sein werden. Die Regierung wird in diesem Zusammenhange einen Appell an den guten Willen und an das Vertrauen des Landes erlassen und wird ankündigen, daß, wenn die Hoffnung der Regierung auf das Land enttäuscht werden würde, die Regierung gezwungen sein würde, andere Maßnahmen zu ergreifen. Hinsichtlich der elsaß-lothringischen Frage wird die Regierungserklärung zum Ausdruck bringen, daß das Kabinett Painlevé mit größter Sorgfalt dahin strebt, eine Beruhigung in den wiedergewonnenen Provinzen zu erzielen. In diesem Zusammenhange wird dann auch die Frage der Botschaft am Vatikan gestreift werden, und zwar soll gesagt werden, daß die Regierung Painlevé sich die bekannte Kompromißformel de Monzies zueigen macht, nach der der für Elsaß-Lothringen vorgesehene Geschäftsträger in seinen Befugnissen derart ausgestattet werden soll, daß er auch die Interessen des übrigen Frankreichs beim Vatikan vertreten kann.

Die Opposition wird gegen die Regierungserklärung keine zugkräftigen Argumente vorbringen können. Die sachlichen Streitpunkte: Kapitalsteuer, Botschaft am Vatikan und Universitätsstandal sind sozusagen aus der Welt geschafft. Bleiben eigentlich nur persönliche Angriffe auf den neuen Finanzminister Caillaux.

Die Arbeitszeit in der Eisenindustrie.

Gesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums in Vorbereitung.

Im Reichsarbeitsministerium hat eine Besprechung mit Vertretern der Großeisenindustrie und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die künftige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in der Eisenindustrie stattgefunden. Nachdem sich die beiderseitigen Vertreter über die wirtschaftliche Lage in der Großindustrie und über ihre Stellung zur Frage der Arbeitszeitregelung grundsätzlich ausgesprochen hatten, einigte man sich dahin, daß das Reichsarbeitsministerium zunächst mit den Parteien getrennt verhandeln wird. Das Reichsarbeitsministerium behielt sich vor, sobald der amtliche Entwurf vorliegt, nochmals eine gemeinsame Beratung mit den Parteien über die künftige Regelung abzuhalten.

0195

In der gleichen Sitzung des Deutschnationalen Parteivorstandes hat ein Vertreter aus Liegnitz ausdrücklich gefordert, daß die Deutschnationalen „bundsgemeine Flugblätter" herausgeben und der bereits zitierte Vertreter aus Weser-Ems hat sich ganz auf den gleichen Standpunkt gestellt: „Wir müssen uns vor Gemeinheiten nicht zurückzuschrecken."

Die Erfahrung hat gelehrt, daß das kein neuer Gedanke der Deutschnationalen ist. Sie sind seit sieben Jahren in allen politischen Kämpfen nach dieser Parole verfahren. Da sie mit sachlichen Argumenten nicht überzeugen können, da sie kein politisches Programm haben, das man offen vor den Wählern ausbreiten, nach dem man realpolitisch handeln und regieren könnte, bleibt ihnen nur das Mittel der Verleumdung und der Beschimpfung. Wie sie es anwenden, dafür kann man jeden Tag bezeichnende Beispiele anführen. Für heute genügen vielleicht zwei. Ein deutschnationales Blatt, die „Zeitger Neuesten Nachrichten," behauptet, „aus völlig sicherer Quelle" erfahren zu haben, daß der redaktionelle Leiter des „Berliner Tageblatts", Theodor Wolff, nach London, und der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Georg Bernhard, nach Paris gefahren seien, um dort gegen die Hindenburgwahl Stimmung zu machen in der Hoffnung, auf diese Weise dem deutschen Volk mit dem Schreckgespenst einer böse Entente die Wahl Hindenburgs zu vergrämen. Theodor Wolff hat unseres Wissens während der letzten Wochen Berlin nicht verlassen. Georg Bernhard befindet sich seit Wochen zur Erholung am Comersee. Eine Einflußnahme auf die Entente ist, soweit wir unterrichtet sind, nur am vergangenen Sonntag versucht worden, und das geschah auf deutschem Boden in Hannover, wohin man die Vertreter, auch der deutschfeindlichen ausländischen Blätter, eingeladen hatte, um Hindenburg vor ihnen auftreten zu lassen, und sie um gut Wetter für die Kandidatur des Generalfeldmarschalls zu bitten.

Die zweite Probe für heute: Bei einer kürzlich in Saalfeld in Thüringen abgehaltenen Sitzung des Rechtsblocks hat der deutschnationale Major Prigge u. a. erklärt: „Die Deutsche Volkspartei sei ja eine ganz vernünftige Partei, wenn sie nur endlich den Landesverräter Stresemann beseitigen wollte." Auf Anfrage hat Major Prigge die beleidigende Aeußerung bestätigt und erklärt, Stresemanns Bemühungen um einen Sicherheitspakt würde von seinen Gesinnungsgenossen als Landesverrat angesehen. Der Reichsaußenminister hat daraufhin gegen Prigge Beleidigungsklage angestrengt. In seiner offiziellen Stellung mußte Dr. Stresemann es wohl tun. Wir unsererseits sind nicht der Auffassung, daß ein deutschnationaler Vorwurf des Landesverrats eine Beleidigung sei. Die Beschuldigung des Landesverrates ist bei den Deutschnationalen jetzt so billig wie früher das Zurückschreien. Oder ist nicht alles in ihren Augen ein Landesverräter gewesen? Natürlich, der mehr echt nationale Gesinnung hatte, als ein ganzes Schock Deutschnationaler zusammengenommen, Dr. Wirth, Marx, Ballin. Ja, einmal haben sich doch die Deutschnationalen sogar so weit verstiegen, jeden Deutschen als einen Landesverräter zu erklären, der am 7. Dezember 1924 nicht für ihre Partei stimmte. Da sie damals nur 6 Millionen Stimmen aufgebracht haben von rund 30 Millionen Wahlberechtigten, waren 24 Millionen Deutsche Landesverräter. Wer will so etwas noch ernstnehmen? Man befindet sich in ausgezeichneter Gesellschaft, wenn man nach deutschnationaler Ansicht ein Landesverräter ist, und es wird ja wohl noch einmal so kommen, daß aus dem Schimpfwort ein Ehrenname werden wird, daß alle Deutschen sich mit Stolz Landesverräter nennen werden, die ihr Vaterland nicht nur beherrschen, sondern ihm auch dienen, die von ihrem Patriotismus nicht nur Vorteile für ihre Kaste ziehen, sondern ihm auch Opfer bringen wollen, die das Deutsche Reich nicht zum Spielball politischer Exzesse machen, sondern es in seiner Einheit erhalten und durch Arbeit und Fleiß es wieder auf die Höhe bringen wollen. Aber für die deutschnationale Denkungsweise bleibt es doch bezeichnend, daß sie im politischen Kampfe keine anderen Mittel kennen, als „bundsgemeine".

Wer für ihren Kandidaten stimmt, begibt sich auf das Niveau der Deutschnationalen. Wer Hindenburg wählt, muß sich darüber klar sein, daß er sich damit zu den eigentlichen politischen Zielen dieser Kandidatur bekennt: Sabotage des Sicherheitspaktes, Sabotage der ganzen Außenpolitik, die bisher erfolgreich geführt worden ist, Vorbereitung kriegerischer Verwicklungen, Vorbereitung einer monarchistischen militaristischen Reaktion.

Nicht auf die Person Hindenburg kommt es an, mit der schamlosester Mißbrauch getrieben wird, sondern auf das Bekenntnis: Krieg oder Frieden, Aufstieg oder Chaos, innere Freiheit oder reaktionärste Kastenherrschaft. Wer es mit dem Deutschen Reiche gut meint, wählt Marx.

Deutschnationale Geheimtagung.

Für Hindenburg gegen die Deutsche Volkspartei.

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht über eine Sitzung des deutschnationalen Parteivorstands, die am Sonntag stattfand, ein Protokoll, dessen Echtheit dadurch bestätigt wird, daß die gesamte deutschnationale Presse in die heftigste Erregung geraten ist, ohne irgendeine Einwendung gegen den Inhalt der Veröffentlichung machen zu können. Da es sich um Enthüllungen von ernsthafter politischer Tragweite handelt, geben wir die hauptsächlichsten Stellen hier wieder.

Minister Schiele: Niederlage Hindenburg vernichtend für uns. Vor allen Dingen bei Propaganda Betonung des Persönlichkeitsstaates gegenüber demokratischem Massenstaat. Hindenburg-Film ist ausgezeichnet. Leider nur in 50 Exemplaren. Bei der Indifferenz des Loebell-Ausschusses ist es schwer, eine schlagkräftige Propaganda zu entfalten. Deshalb hat Deutschnationale Volkspartei die ganze Propaganda auf sich selbst genommen. Bei Niederlage dürfte die letzte Hoffnung der Deutschnationalen, zum mindesten für die nächsten sieben Jahre, völlig vernichtet sein.

Ein Vertreter aus Liegnitz: Auf geschickte Flugblätter kommt es vor allen Dingen an. Auch wir müssen bundsgemeine Flugblätter herausgeben.

Der Leiter der Wahlpropaganda: Die Hilfe der anderen Parteien ist gleich Null. Die Differenz mit der Wirtschaftspartei ist behoben. Leider ist noch nicht ein Geschäftsführer mit erforderlichen Mittel vorhanden.

Der Vorsitzende: Organisation Berlin ist vorbildlich. Leider hat Hindenburg gestern entschieden abgelehnt, nach Berlin zu kommen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß das Alter von Hindenburg keine Rolle spielt, jedoch der auf der ganzen Welt geachtete Name eine bessere Zukunft verheißt. Vor allem ist es auch notwendig, sich an die Katholiken zu wenden, wobei zu hoffen ist, daß die in Aussicht stehende Kundgebung des Papstes (?) gegen die Verbindung des Zentrums mit der Sozialdemokratie noch rechtzeitig kommt. Diese Hoffnung ist nach verschiedenen Zeichen der letzten Tage gegeben. Diese Veröffentlichung würde zunächst im „Osservatore Romano" erfolgen. Große Hoffnung ist auf den vorzüglichen Film in den letzten Tagen zu setzen. Nachdem wir soeben mit der Deutschen Wirtschaftspartei so fest gegen eine gewisse Persönlichkeit zusammengestanden haben, ist die Auswirkung dieses nunmehr vollzogenen Zusammenschlusses für den zweiten Wahlgang gegeben.

Schlange-Schöningen: Wir sind zu schlapp, zu sehr durchsetzt bereits von demokratischer Entwicklung. Entweder wir siegen, oder wir beugen uns unter das laudinische Joch Stresemanns. Auch ich bekenne folgendes: Der Reichsblock ist ein entsetzliches Konglomerat. In vielen Landesteilen ist der Einfluß der Deutschen Volkspartei katastrophal. In Königsberg sprach am Schluß der Umzüge ein Arbeiter auf dem Marktplatz. Der Erfolg war schlagend. Wir führen im Reichsblock und wir müssen führen. Die Deutsche Volkspartei ist gezwungen, mit uns zusammenzuarbeiten, weil sie ihre Niederlage im Loebell-Ausschuß einsieht.

Der Vorsitzende: Ich freue mich über das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei und daß wir die Führung an uns gerissen haben. Wir werden sie auf jeden Fall behalten.

Ein Vertreter Berlins: Auf die Bayerische Volkspartei ist nicht sicher zu zählen. Sie agitiert deutlich hinter dem Rücken für Marx. Eine große Hilfe kommt uns jetzt von Hitler, der sich entschieden für Hindenburg erklärt hat. Der Einfluß Hitlers auf gewisse Teile der Arbeiterschaft ist nicht zu unterschätzen. Er muß unbedingt in Versammlungen in die Industriezentren gebracht werden, so etwa nach Chemnitz. Die Parteileitung muß sich sofort mit ihm in Verbindung setzen.

Frau Lehmann: In den letzten Tagen müssen Flugzettel durch Tür-spalten gesteckt werden, die sich vor allem an die Frauen wenden. Diese Zettel müssen enthalten, daß gerade Hindenburg den Sieg bringe, jedoch Marx durch seine Verbindung mit dem Völkerbund den Krieg (!). Frau Lehmann gibt bekannt, daß sie durch einen Teilnehmer an einer Besprechung erfahren habe, daß auf dieser Besprechung beschlossen worden sei, am Sonnabend und Sonntag in großer Anzahl Flugblätter zu verbreiten mit der Ueberschrift: „Wählt treudeutsch, wählt Jarres!" Diese Flugblätter sollen die Wähler verwirren und vor allen Dingen die Wähler der Deutschen Volkspartei veranlassen, das leere Feld mit dem Namen Jarres auszufüllen. Gibt an, diese Mitteilung in bestimmester Form erhalten zu haben. Die Vorbehrung müsse sofort noch mit dem heutigen Tage getroffen werden durch Bekanntgabe dieses Wahlmanövers in der gesamten Presse.

Ein Vertreter von Weser-Ems: Die Presse ist nur noch gegen Geld zu haben. So unglaublich es klingt: Es haben Blätter der Deutschen Volkspartei Aufrufe für Hindenburg abgelehnt, falls sie nicht bezahlt würden. Die Flugblätter, die jetzt Freitag und Sonnabend zur Verteilung kommen müßten, dürften nur so kurz wie möglich sein, da das Volk lange Flugblätter nicht lese, also höchstens ½ bis 1 Seite, die eine Gegenüberstellung von Marx und Hindenburg bringen müsse. Die die Gegenseite mit allen Mitteln kämpft (!), so brauchen wir **ve Gemeinheiten nicht zurückzuschrecken. Wir haben es restlos satt, Herr Stresemann auch nur einen Schritt noch zu folgen.** Leider haben wir im Westen kein Geld, da der Reichsblock uns das ganze Geld weggenommen hat. (Allseitige Zustimmung.) Die Bearbeitung der Presse ist jetzt Hauptsache. Wir im Westen arbeiten nicht mehr mit der Deutschen Volkspartei zusammen. Die päpstliche Kundgebung muß auf jeden Fall herbeigebracht werden. Die Parteileitung muß gleichzeitig mit den Flugblattpaketen auch Fahnentuch versenden. Außerordentlich geschadet hat die Stellungnahme des Generals a. Seeckt, der sich gegen Hindenburg erklärt hat und seinen Rücktritt für den Fall der Wahl Hindenburgs erklären wird. Dieses Flugblatt ist überflüssig. Seine Rücksicht stellt Hindenburg in sehr geschickter Weise als alten Mann dar. In Donabrück hat sich der Hypothekengläubigerverband gegen Hindenburg erklärt und sich offen für das Zentrum ausgesprochen.

Dr. Weiß: Seit vier Tagen gehen täglich 1600 Pakete mit Matern heraus. Die Bezahlung ist allerdings sehr fraglich. Ebenso Flugblattentwürfe, da für den Druck und Versand von Berlin aus keine Zeit mehr ist. 1100 Zeitungen bekommen schon seit einer Woche die Matern unentgeltlich. Wir haben auch Flugblätter herausgegeben, die scheinbar nicht von uns stammen und **für die Arbeiter bestimmt sind.** (Sehr gut.) In zwei Stunden findet sich bei mir ein Zeichner ein, der folgendes Flugblatt zur Herstellung heute und morgen bearbeiten wird: Am Kopfe die Bilder von Hindenburg und Marx. Marx mit kleinem Hütchen und Wasserkopf. Weiß betont, daß dies keine Karikatur sei, sondern eine tatsächliche Photographie von Marx (!), so daß gegen die Gegenüberstellung nichts einzuwenden sei. Darunter die Frage: Wollt ihr Hindenburg oder diesen Marx wählen? Das Flugblatt geht morgen bereits an die Landesverbände gleichzeitig auch als große Mater und als kleine Mater an 1200 Zeitungen.

Vertreter von Borsig (Reuhaus) sagt finanzielle Unterstützung zu, weiß jedoch nicht, wohin er zahlen soll. Hat in den letzten drei Tagen fünf Schreiben erhalten, von denen jedes eine andere Zahlstelle angibt. Das letzte, durch Justizrat Alvensleben, hätte Zahlung an den Reichsblock verlangt.

Vorsitzender sowie Dr. Weiß: Zahlungen sind lediglich an die Deutschnationale Volkspartei zu leisten. Leider müssen wir mit dem Reichsblock zusammenarbeiten. Ich habe aber die Zeitung an mich gerissen. Wir haben 410 000 Mark für die erste Woche ausgegeben und sind mit 200 000 Mark figen geblieben. Angeblich hat auch der Reichsblock jetzt noch Schulden. Zum Beispiel hat sich eine Druckerei geweigert, unsere Flugblätter nochmals zu drucken. Schuld an alledem hat der Schatzmeister.

Ein Vertreter der Industrie: Auch wir geben gern und reichlich. Wohin sollen wir jedoch zahlen? Wir haben uns entschlossen, die Gelder der Industrie restlos Herrn Geheimrat Hugenberg zuzuführen, der sie sammeln und dann selbst die Abführung vornehmen soll. (In diesem Augenblick betritt Hugenberg das Zimmer.)

Von verschiedenen Seiten wurde noch betont, daß kein Geld vorhanden sei und ein finanzieller Zusammenbruch nicht unwahrscheinlich wäre, ferner, daß auf die Deutsche Volkspartei nicht gerechnet werden könne, und daß man selbst ganz allein die Führung übernommen hätte und damit auch die Wahlpropaganda leiten müsse.

Das Hindenburg-Ragout.

In der Reichsblockküche ist man eifrig dabei, eine für Deutsche sowohl wie für Ausländer bekömmliche und schmackhafte „deutsche Nationalspeise", das „Hindenburg-Ragout", zu kochen. (Auch für Ausländer, wie man sehen wird.)

Hier ist das Rezept: Man nimmt zwei Löffel Aufklärungspulver (für Arbeiter und Liberale).

„Marx ist ein Pfaffenknecht!"

Eine Messerspitze Protestantengift (geliefert von Prediger Doehring),

„An Rom sterben die Völker!"

Dann zur Schmackhaftmachung für katholische Zungen gleich zwei Eßlöffel mit Weihwasser,

„Marx hat sich dem Teufel Sozialismus verschrieben!"

„Der Papst und der Episkopat gegen Marx!"

Dazu reichlich nationalistischer Pfeffer und völkischer Senf,

Marx will Elsaß-Lothringen preisgeben!"

„Marx ist der Kandidat des Auslands!"

Ferner eine Kaffeetasse voll Verfassungstreue, gefolgt von zwei Biergläsern voll Ergebenheit an den kaiserlichen Herrn, in dessen Dienst man nie nachgedacht hat, weil man als Soldat ja nur zu gehorchen brauchte.

Zum Schluß bereitet man aus zwei Hindenburg-Interviews an fremde Zeitungsberichterstatter eine für ausländische Gaumen schmackhafte Sauce,

„Der Versailler Vertrag ist für uns bindend!"

„Ich habe mich stets gegen kriegerische Aktionen ausgesprochen!"

und gießt sie über das Ganze.

Das protestantisch-katholisch-kaiserlich-republikanisch-stahlhelmisch-friedensgesellschaftlich-kriegsschuldproteskerlich-versailesbindende Hindenburg-Ragout ist fertig.

Schmunzelnd stehen die Westarp, Ludendorff, Hitler, Gräfe und andere Köche hinter der Etzinmertür und beobachten, wie der biedere und joviale alte General die schmackhafte Schüssel mit dem undefinierbaren Inhalt im deutschen Volk herumreicht.

—las.

Bayerische Volkspartei-Presse gegen die Marxhetze.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 21. April.

Die Wahlparole des Parteivorstandes der Bayerischen Volkspartei für Hindenburg will in ihren eigenen Kreisen nicht recht verfangen. Der „Bayrische Kurier" bringt kommentarlos lange Auszüge aus den Artikeln der „Täglichen Rundschau" des Hofpredigers Döhring, in welchem der Katholik Marx angegriffen wird. Das angesehenste und vornehmste Blatt der Bayerischen Volkspartei, die „Augsburger Postzeitung", beschäftigt sich in einem langen Artikel mit der Präsidentenwahl und schreibt u. a.:

„Wählt nach Eurem Gewissen. Wenn sich Hindenburg auf den Boden der Verfassung stellt, dann könne man es Marx nicht übel nehmen, wenn er das gleiche tut. Wenn Hindenburg die Nachricht dementieren läßt, daß er die Reichsfarben ändern wolle, dann dürfe man Marx nicht bekämpfen, weil seine Anhänger Schwarz-Rot-Gold als Reichsfarben anerkennen. Es ist geradezu naiv, Marx anzugreifen, weil die Sozialdemokratie christusfeindlich ist. Ja, sind es denn die völkischen Neuheiden weniger? Wirft man Marx die Sozialdemokraten vor, dann werfe man Hindenburg die Völkischen und die Hetze des Evangelischen Bundes vor."

Marx, schreibt das Blatt weiter, sei wie jeder tiefgläubige Katholik vom Geiste christlicher Duldung erfüllt. Erdienenur der Sache, nie sich selbst, was wohl auch seine Feinde nicht leugnen können.

Im Hofbräuhaus in München sprach gestern der Reichstagsabgeordnete der Zentrumspartei Joos über Reichspräsidentenwahl und deutsches Volk. Der Saal, mit den Farben Schwarz-Rot-Gold geschmückt, war überfüllt. Der Referent erklärte, es sei Aufgabe des Reichspräsidenten, die Verfassung zu wahren. Hindenburg aber habe innerlich die Weimarer Verfassung nicht akzeptiert, und darum passe er nicht als Reichspräsident. Dagegen bejahe Marx die Verfassung. Er sei aufrichtiger Republikaner und ein Mann ehrlicher Toleranz. Marx ist nicht nur der Kandidat des Volksblocks, er ist der Kandidat des deutschen Volkes.

Durch Arbeit und Arbeit zur Freiheit!

Marx

Reichskanzler a. D.

Die Attentäter erschossen.

Der Kampf um Bulgarien.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

a **Sofia**, 21. April.

An offizieller bulgarischer Stelle herrscht über den Anschlag in der Kathedrale nunmehr folgende Auffassung: Der Plan des Attentats ist unzweifelhaft von dem geheimen kommunistischen Zentral-Komitee der agrar-kommunistischen Einheitsfront ausgeheckt worden, und wurde unter wesentlicher Mithilfe der beiden militärischen Fachleute Jankoff und Minkoff ausgeführt. Jankoff war der Leiter der Militärsektion, Minkoff, Leiter der Unterminierungs-Sektion des geheimen Zentral-Komitees.

Das Attentat selbst war von langer Hand vorbereitet. Jankoff und Minkoff haben bereits im März d. J. den Dachboden der Kirche genau skizziert, und zwar konnte festgestellt werden, daß Jankoff einmal, Minkoff dreimal die örtlichen Verhältnisse der Kirche auskundschafteten. Die Höllenmaschine war von Minkoff hergestellt und am Tage des Attentats um 7 Uhr früh am Fuß der mittleren Kuppel untergebracht worden. Sie sollte von einem Mitverschworenen Jungmann mittels einer Lunte zur Explosion gebracht werden.

Gegen 3 Uhr nachmittags, als die Kathedrale mit zum Leichenbegängnis des ermordeten Abgeordneten Georgieff erschienenen Trauergästen gefüllt war, öffnete der bestochene Kirchendiener die Tür des Glockenturms und stieß den erwähnten kommunistischen Jungmann in den Turm hinein, um die Lunte anzuzünden. Kurz darauf sollte der Kirchendiener und der Jungmann mit einem schon bereitstehenden Automobil die Flucht nach einem Orte Nordbulgariens ergreifen, von wo sie auf geheimem Wege nach Rußland gesandt werden sollten. Dieses Automobil konnte jedoch, da die Stadt sofort nach dem Attentat abgesperrt wurde, Sofia nicht verlassen.

Die Beteiligung aller bisher verhafteten Personen an dem Attentat ist unwiderleglich bewiesen. **Der Zweck des Attentats sollte die Ermordung des Königs und aller Minister sein.** Die daraufhin ausbrechende Anarchie in einem regierungslosen Bulgarien sollte den Drahtziehern Gelegenheit bieten, die Macht zu ergreifen. Es wurde von ihnen dabei auch ungweifelhaft mit außenpolitischen Komplikationen als Folgeerscheinung der anarchischen inneren Situation gerechnet.

Die Explosivstoffe, mit denen die Höllenmaschine geladen war, dürften Perdit und Melenit gewesen sein. Außer der Höllenmaschine waren am Boden der Kirche noch verreinzelte mit Explosionsstoffen geladene Bombenpakete gelegt, durch deren Explosionen die Verwirrung vermehrt werden sollte. Daß dieser Plan mißlang, ist nur ganz besonderen Umständen zu verdanken.

Gestern abend entdeckte die Polizei im Osten Sofias ein neues Kommunistennest. Die Einwohner des Hauses verweigerten die Uebergabe und zogen sich in einen betonierten unterirdischen Gang zurück, als die Polizei das Gebäude mit Bomben belegte. Schließlich gerieet das Gebäude in Brand, und als es den Truppen gelang, einzudringen, fand man sämtliche Bewohner tot auf. Unter ihnen befand sich auch Kosta Jankoff, einer der beiden Urheber des Attentats in der Kathedrale. Kosta Jankoff, der Sohn eines Generals der Reserve gleichen Namens, der im Kampfe für die Sache Mazedoniens als Patriot starb, ist bereits seit langem, nachdem er als Hauptmann der Reserve den aktiven Militärdienst quittierte, kommunistischer Parteigänger. Der zweite Hauptverschworene, der Jankoff im Tode voranging, Iwan Minkoff, war wohl der Haupttatentäter. Minkoff verließ den Militärdienst als Major der Reserve und ging nach Rußland, wo er eine besondere Ausbildung in bolschewistischer Militärkunde und Organisation genoß. Minkoff und Jankoff redigierten in Sofia gemeinsam eine kommunistische Militärzeitschrift „Land und Armee" und galten unter den Kommunisten als militärische Kapazitäten ersten Ranges. Nach den Erhebungen der Polizei haben die beiden Urheber des Attentats am Donnerstag vormittag durch gefälschte Einladungen, die mit dem Wappenstempel der Stadt Sofia und der gleichfalls gefälschten Unterschrift des Bürgermeisters Daskalew versehen waren, die angesehensten Bürger und Publizisten der Hauptstadt dringend gebeten, durch ihre Teilnahme der kirchlichen Feierlichkeit für den General Georgieff ein besonderes Gepräge zu verleihen.

Die Sobranje tritt heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, um entsprechend der Verfassung die Verhängung des Ausnahmezustandes zu genehmigen. Diese Sitzung wird denkwürdigen Charakter tragen. Sämtliche Parteien werden einmütig die Erklärung abgeben lassen, daß sie zu allen Opfern für das in großer Bedrängnis befindliche Vaterland bereit seien.

Verhaftungen in Berlin.

Der aufgegebene Hungerstreik.

Am vergangenen Sonnabend wurden in einem Lokal in Charlottenburg 35 bulgarische Studenten und Studentinnen von der Abteilung IA des Polizeipräsidiums festgenommen, da der Verdacht besteht, daß die Studenten in Verbindung mit den Sofioter Attentätern gestanden haben. In dem Lokal befanden sich auch mehrere Chinesen, die zusammen mit den Bulgaren zunächst festgenommen, bald aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Es handelt sich, wie wir erfahren, um einen revolutionär-kommunistischen Klub bulgarischer Studenten.

Die Ermittlungen der Polizei gehen noch weiter, da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sich noch Angehörige der Vereinigung auf freiem Fuß befinden. Wie wir weiter erfahren, wird es sich im Laufe des morgigen Tages entscheiden, ob die bulgarischen Studenten in Haft behalten werden, oder ob es sich nur als ratsam erweisen wird, sie aus Deutschland auszuweisen. Die Studenten sind aus Protest gegen ihre Festnahme zunächst in den Hungerstreik getreten und verweigerten die Annahme einer Mahlzeit, haben aber jetzt von ihrem Vorhaben abgelassen und ihre Mahlzeiten regelmäßig wieder eingenommen.

In Berlin bestehen mehrere bekannte Vereinigungen bulgarischer Studenten, die an der Universität und der Technischen Hochschule immatrikuliert sind. Diese Vereinigungen sind größtenteils unpolitisch und dienen der Pflege landsmannschaftlicher Beziehungen. Vor einigen Monaten hat sich jedoch ein Klub gebildet, der ausgesprochen kommunistische Tendenzen verfolgte und in der Schillerstraße in Charlottenburg tagte. Es besteht nun der Verdacht, daß Mitglieder dieses Klubs an den Sofioter Schreckenstaten mittelbar oder unmittelbar beteiligt gewesen sind. Die bulgarische Gesandtschaft teilt uns auf Anfrage mit, daß sie wegen der Angelegenheit bereits mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung getreten ist und noch heute einen schriftlichen Bericht erhalten wird.

An der Spitze des bulgarischen kommunistischen Studentenklubs stand ein gewisser Czernef und ein Dr. Boititeff, der ursprünglich bereits im vergangenen Herbst Deutschland verlassen wollte, aber nicht nach Sofia zurückgekehrt ist. Die Leiter des bulgarischen Klubs hatten am vorigen Sonnabend eine internationale Besprechung veranstaltet, an der auch drei Chinesen teilnahmen, die, wie berichtet, zunächst ebenfalls festgenommen, aber auf Vorstellung ihrer Gesandtschaft inzwischen auf freien Fuß gesetzt worden sind. Die Angelegenheit wird von der Politischen Polizei weiter untersucht.

Unruhen in Honduras.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **New York**, 21. April.

In Laceiba im Norden der mittelamerikanischen Republik Honduras brach eine Revolution aus, die das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten veranlaßte, den leichten Kreuzer „Denver" zum Schutz des amerikanischen Eigentums nach dort zu entsenden.

Die weltliche Schule im Oberelsaß.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

c **Paris**, 21. April.

Wie aus Straßburg gemeldet wird, hat sich der Bezirksrat für den öffentlichen Unterricht im Departement Oberelsaß mit einem Antrag der Gemeinden Gebweiler und Hüningen auf Einführung der interkonfessionellen Schule beschäftigt. Trotz der lebhaften Proteste des Straßburger Bischofs Ruch beschloß der Bezirksrat mit 7:3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, dem Antrag der Gemeinden Folge zu leisten.

Geßler für Marx.

Gegenüber Schwindelmeldungen der Reichsblockpresse stellt der „Demokratische Zeitungsdienst" fest, daß Geßler selbstverständlich, ebenso wie die gesamte Demokratische Partei, für die Wahl von Wilhelm Marx eintritt. Zur Kennzeichnung der Lügenmeldungen über Geßler wird hinzugefügt, daß der Reichswehrminister um so weniger an der antitatholischen Hetze teilzunehmen gedenkt, als er selbst katholisch ist.

Soederblom bei Simons.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, empfing heute das Oberhaupt der schwedischen protestantischen Kirche, Erzbischof Dr. Soederblom.

Drei Abtrünnige.

Dr. Müller-Meiningen, Dr. Hammerschmidt und Nikolaus Stolz haben einer Meldung der T. U. zufolge ihren Austritt aus der Demokratischen Partei erklärt. Sie kommen damit offenbar ihrem Ausschluß zuvor.

Jahresbericht der Arbeitgeberverbände.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat ihren Geschäftsbericht für 1923 und 1924 vorgelegt. Aus dem Bericht ist ersichtlich, daß der Vereinigung, an deren Spitze Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. E. von Borsig steht, insgesamt 1458 Verbände, nämlich 190 Reichs-, Bezirks- und Ortsverbände sowie 1268 Unterverbände angeschlossen sind. Dem Geschäftsbericht ist ein sozialpolitisches Handbuch beigefügt, welches in ausführlichen Betrachtungen die Aufgaben und Pflichten der Arbeitgeber behandelt.

John Gabriel Borkman.

Staatstheater.

Anstatt vom Vergimmen des Ibsen-Glanzes zu reden, täte man besser, sich in die Reihe der Ibsen-Probleme zu vertiefen, ihre fortschreitende Einheit zu erkennen, und das Licht, das sie ausstrahlt, immer tiefer in sich aufzunehmen. Die Aufführung der Borkman-Tragödie, durch deren Erneuerung gestern das Schauspielhaus des Staatstheaters ein Stück nachwirkenden inneren Lebens gewann, hat diese Einheit wieder ins Bewußtsein gerufen und wirkte dadurch nicht wie eine Auffrischung des Alten, sondern wie eine Verjüngung des Bedeutenden auf die Gemüter.

Von den Neueren hat kaum ein Zweiter die innere Entwicklung, die Folge von Bekenntnissen und Erkenntnissen in seinen Dichtungen so tief, so tapfer und rücksichtslos gespiegelt, wie Henrik Ibsen. Von „Nora" bis zu „Borkman" und dem Epilog: „Wenn wir Toten erwachen" geht das Verhältnis der Persönlichkeit zur Gesellschaft als tragisches Problem hindurch, um in einer großen Resignation seine Besiegung zu empfangen. Kein Dichter ist leidenschaftlicher für das Recht der Persönlichkeit, der schrankenlosen Vitalität eingetreten, und keiner hat unbarmherziger, tragischer ihm zuletzt die Grenzen gezeigen. In Borkman verblutet sich die Machtgier, die in phantastisch idealistischem Wahn Leben zu gründen vermeinte und dabei nicht nur über die schibenden Gesetze des Gemeinwesens, sondern auch über die inneren Forderungen des individuellen Daseins hinwegstürmte, im Epiloghelden Rubek der Künstlerwahn, der Menschen schaffen wollte und über das Menschliche hinwegschreitend nur Frazen bilden konnte. Beide gehen am „ermordeten Liebesleben" zugrunde; der Traum ihres hochgemuten Egoismus scheitert an einer letzten altruistischen Forderung. Im Schicksal der gewiß nicht zeitenfremd gewordenen Gestalt des Gründers Borkman werden wir in einer meisterhaft retrospektiv entwickelten Handlung durch alle Phasen des Wahns hindurchgeführt. Mit einer sicher übermenschlichen Zähigkeit hält der gesellschaftlich Deklassierte an seinem Napoleonwahn, an seinem Glauben fest, daß man den Zuchthäuslung vor ehedem noch einmal zur Durchführung seiner Pläne berufen müsse. Die wenigen Menschen seiner Umgebung gelten ihm nur so viel, wie sie seinen Glauben stützen können. Zug um Zug entgleiten sie seinem Wahn: der letzte Freund, mit dem er Selbsttäuschungen getauscht hat, der Sohn, auf den er, von der grausamen Gattin gestachelt, eine neue Hoffnung setzt, zuletzt die todgeweihte Frau, die ihn noch immer liebt, obgleich er ihr Liebesleben gemordet hat und die ihm nur die letzte Liebe erweisen kann, ihm über die Unerfüllbarkeit des Traumes die Augen zu öffnen. Das erlöst ihn, indem es ihn niederschlägt, die Eishand des Egoismus gibt ihn frei; der Fanatiker der Persönlichkeit hat überwunden.

Die von Kaiser inszenierte Aufführung hat das Werktliche in scharfen Zügen festgehalten. Nur der Schluß schien mir zu sehr von der Neigung der modernen Regie, mitzudichten, umdämmert, zu fast in Nebel- und Beleuchtungseffekten zu arbeiten. So bewußt Ibsen auch hier das stimmende Moment der Natur und des Umwetters einführt, muß doch das Rein-Menschliche die Oberhand behalten. Schlichter dargestellt, ganz auf das Schwergewicht des Seelischen angelegt, wirkt die Lösung noch reiner und bedeutender. Albert Steinrück war ein glaubwürdiger Borkman. Mit einem leicht an Beethovens Züge gemahnenden Kopf, mit der im rechten Moment festgehaltenen „Napoleongeste, mit der Ungeduld und der Wucht des Schrittes, die im einsamen Hause widerhallt, gab er ein eindruckvolles Bild des kranken Wolfes im Käfig; im Mienenspiel, im ironischen Ausdruck des Tones, in der Hätte der gesammelten Energie, im Aufzucken der Erkenntnis, die immer wieder vom erstarrten Egoismus niedergerungen wird, und in der letzten Ekstase des befreiten Traumes, der die Wahnwelt noch einmal beleben möchte und dem Zusammenbruch vorangeht, wurden die innerlichen Vorgänge lebendig. Vielleicht hätte im Gespräch mit Ella und in der letzten Ansprache an den Sohn ein Zug unbewußter Weichheit entstehen dürfen, um einen Blick in das Unterbewußtsein der erstarrten Persönlichkeit zu gewähren. Wie öfter vorher hat Rosa Bertens das weibliche Seitenstück zu dem Träumer von wirtschaftlich schaffender Macht, die Fanatikerin der äußeren Ehre und der gesellschaftlichen Geltung meisterhaft gestaltet. Dieselbe Rücksichtslosigkeit, dieselbe Erstarrung, dieselbe Umklammerung von festgewurzelten Vorstellungen. Ihre Frau Borkman hatte einen graufamen Zug der Willenskraft, eine überzeugende Starrheit der Unpersönlichkeit, eine eisig anwehende Energie der Leidenschaft. Man glaubt ihr die Ueberzeugung von ihrem vermeintlichen Recht, die unheimliche Inneresicht auf die Rehabilitierung durch den Sohn, wie dem Alten den Glauben an seine nicht zu überwindende Urkraft. Lina Lossen trifft in der vornehmen Milde der Ella die entscheidenden Züge des Gegenbildes. Die Zwillingsschwester, an die Ibsen gedacht hat, um alle innerlichen Kontraste durch die äußere Aehnlichkeit zu verstärken, ist freilich auf der Szene unerreichbar, aber der innere Gegensatz ist durch die Persönlichkeit der Lossen aufs glücklichste gegeben. Die schöne Ausgeglichenheit eines Wesens, das Harmonie in den Widerstand von Leben hineinträgt, die Dämpfung aller Affekte, durch die doch ein starkes, edles Selbstbewußtsein hindurchpaucht, der liebevolle Gag der entsagenden Wehmut, die selbst noch den Vorwurf sänftigt, sprach überzeugend zu den Sinnen und Gemütern.

Robert Taube hatte als Foldal die Kraft des vorsichtigen Charakterstikers. Er kennzeichnete das harmlose Dichtergemüt, das in der Unreife des Versuchs steckengeblieben, und hielt in den Szenen, über denen die Ironie schwebt, die Komik mit seinem Takte fern. Rudolf Fernau als Erhard hatte nicht genug innerliche Jugend; er betonte verständnisvoll die entscheidenden Momente, aber man glaubte ihm nicht die rücksichtslose Vitalität der Jugend, die zum Schlusse hervorbrechen soll. Paula Knüpfer hatte die stille, überlegene Sicherheit der Fanny Wilton, Toblina Gordy das rechte fragende Kindergesicht. Das Ganze machte den tiefen Eindruck eines echten Ibsen. A. K.

Wegener-Gastspiel im Theater am Kurfürstendamm. Wie wir hören, hat Paul Wegener das Theater am Kurfürstendamm für den Monat Mai gepachtet, um mit einem eigenen Ensemble dort zu gastieren. Er wird sein erstes Gastspiel in Berlin als Theaterdirektor mit Strindbergs „Vater" beginnen. Dann wird er Sascha Guitrys „Jacqueline" zur Aufführung bringen und darin die männliche Hauptrolle spielen. Vom Januar ab wird Rudolf Nelson mit seiner „Madame Revue" im Theater am Kurfürstendamm gastieren.

Ein Magazin für Natur und Technik. Ein „Magazin für alle Freunde von Natur und Technik" nennt sich „Die Koralle", deren erstes Heft gestern erschienen ist (im Verlag Ullstein). Wodurch sich diese Monatsschrift von anderen Magazinen, etwa von dem „Uhu", unterscheidet, ist das Fehlen der reinen Belletristik. Im übrigen vereinigt sich hier unterhaltende Form mit streng wissenschaftlichem Inhalt, um dem Leser alle Bezirke des naturwissenschaftlich, geographisch, volkskundlich erforschten Lebens nahezubringen, um ihn mit Pflanzen und Tieren und mit allem, was Menschengeist geschaffen hat, spielend vertraut zu machen. Mit dem Text verbindet sich regelmäßig als Grundlage und Ergänzung der von ihm vermittelten Kenntnisse ein sorgfältig gewähltes, reiches Bildermaterial. So führt das erste Heft südwärts durch das an landschaftlichen und kunstgeschichtlichen Wundern reiche Nilual, nordwärts zu den Grönland-Eskimos. Es macht uns mit der modernen Methode bekannt, die Meerestiefe zu erforschen; es zeigt uns die großartige Wasserleitungsanlage von Los Angeles als ein Meisterwerk der Technik; den Rundfunkamateur wird ein Aufsatz über die Riesenschlangen interessieren. In die Welt der Tiere und Pflanzen führen mehrere Beiträge, einer über Orchideen, ein weiterer über unterirdische Gewalten, also besonders über Erdbeben und Vulkanismus. Eine in ihrer Eigenart im allgemeinen noch wenig bekannte Welt, die der Maskentänze primitiver Völker, durchstreift ein Aufsatz von Dr. Adolf Heilborn. Ueber Fortschritte auf allen von der Zeitschrift berührten Gebieten berichten eine größere Zahl kleinerer Beiträge.

Die Dezernenten. In meine Betrachtungen über den „Opernwirrwarr" in der gestrigen Abendausgabe hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Ich hatte geschrieben: es dürfe niemals dazu kommen, daß sich die Ministerien mit ihren immerhin sachkundigen Dezernenten die heimliche Leitung eines so schwierigen und komplizierten Betriebes anmaßen. Statt „sachunkundigen" war nun „sachkundigen" gedruckt. Ich bemerke hierzu, daß den Dezernenten, die hier in Betracht kommen, eine gewisse allgemeine Kenntnis der Dinge, über die sie zu urteilen und zu berichten haben, nicht abgesprochen werden soll. Nur muß erwartet werden, daß sie sich der Grenzen ihrer Kenntnis bewußt bleiben und ihr Urteil nicht über das der eigentlichen Sachkundigen stellen. In diesem Sinne sprach ich von sachunkundigen Dezernenten. Im übrigen ist es keine neue Beobachtung, daß staatliche und städtische Einmischungen in künstlerische Betriebe, wofern diese Einmischungen über ein gewisses, vielleicht notwendiges Maß hinausgehen, verhängnisvoll werden müssen. M. M.

Vorträge. Willy Buschhoff spricht am Dienstag, den 28. April, abends 8 Uhr, im Meistersaal Potsdamerstraße „Die Sonne".

Arthur Silbergleit wurde zum Dozenten der Freien Hochschule für Geisteswissenschaften ernannt.

0196

In den Fußtapfen Angerstein's.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

*** Hamburg,** 21. April.

Eine grausige Tat hat sich auf dem zur Landgemeinde Wasbek gehörigen Gute Birkenhof des in Hohenlimburg wohnenden Gutsbesitzer Otterbein ereignet. Der Gutsgärtner Max Neumann aus Berlin, der das Gut seit 1½ Jahren gepachtet hatte, begab sich, nachdem er das hinterstehende Gut nach Wasbek und Neumünster geschickt hatte, nach der Weide und tötete dort 5 wertvolle Pferde. Von der Weide begab er sich nach dem Stall und erschoß 20 hochwertige Milchkühe und 5 fette Schweine. Im Schlafzimmer erschoß er dann seine Frau sowie seine 70jährige Schwiegermutter. Nachdem Neumann das Wohnhaus mit Benzol getränkt hatte, zündete er es an und erschoß sich dann selbst.

Es wird angenommen, daß Neumann die entsetzliche Tat aus Verzweiflung über seine ungünstige finanzielle Lage verübt hat. Außerdem wollte er dem Besitzer des Gutes einen gründlichen Schaden zufügen.

Berlins Verkehr im ersten Vierteljahr 1925.

Nach den neuesten Zahlen, die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin vorliegen, wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 1925 von sämtlichen Berliner Verkehrsmitteln 378,8 Mill. Personen befördert. Auf die einzelnen Monate verteilt sich der Verkehr wie folgt:

	Januar (in Mill. Pers.)	Februar	März
Stadt-, Ring- u. Vorortbahnen	49,0	46,0	48,0
Schnellbahnen	18,1	16,8	17,7
Straßenbahnen	55,5	52,4	58,9
Kraftomnibusse	5,2	5,2	6,0
Insgesamt	127,8	120,4	130,6

Nimmt man an, was auch wahrscheinlich ist, daß der Groß-Berliner Verkehr auch im weiteren Verlauf dieses Jahres die bis jetzt erreichte Stärke beibehalten wird, so würde der Gesamtverkehr des Jahres 1925 sich auf rd. 1500 Mill. Personen belaufen und damit den des Jahres 1924, der rd. 1372 Mill. Personen betrug, wesentlich übertreffen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Verkehr in den ersten Monaten des Jahres 1924 noch von den Auswirkungen der Inflation stark beeinflußt war.

—dt.

Das Berliner Handwerk gegen die „Akademische Buchbinderei". Die Berliner Handwerkskammer und die Buchbinderinnung haben gegen die „Akademische Buchbinderei" bei der Berliner Universität schärfsten Einspruch erhoben, weil sie das Handwerk schädige. Die Minister für Unterricht und Handel haben auf diese Vorstellungen jetzt den Bescheid erteilt, daß es sich bei der „Akademischen Buchbinderei" um eine Einrichtung der Studentenhilfe handle, die einer Anzahl von Studenten eine materielle Grundlage ihrer Existenz schaffen solle. Demgegenüber haben sich die beteiligten Handwerkerkreise auf den Standpunkt gestellt, daß es andere Möglichkeiten gebe, den unbemittelten Studenten Hilfe zu leisten, als eine Einrichtung, die gleichzeitig das wirtschaftlich schwer ringende Buchbinderhandwerk schädige.

Ein argentinisch-deutscher Lesesaal. Die Eröffnung eines argentinisch-deutschen Lesesaals der Zeitung „La Prensa", der die freundschaftlichen Beziehungen beider Völker zu pflegen die Aufgabe hat, war ein gesellschaftliches Ereignis Berlins, an dem nicht nur der Reichsaußenminister Dr. Stresemann, sondern auch der spanische Botschafter, die Gesandten von Argentinien, Chile und Uruguay sowie die Konsule der südamerikanischen Staaten, die Vertreter der deutschen und maßgebenden ausländischen Zeitungen teilnahmen. Die Zeitung „La Prensa", die zu den bedeutendsten Blättern Argentiniens gehört, hat auch im Kriege ihre deutschfreundliche Gesinnung in den beiden schweren Zeiten bewahrt. Der Berliner Vertreter der „Prensa", Felix Vogel, begrüßte die Gäste, unter denen sich der Reichspräsident Dr. Kiep und viele Vertreter von Handel und Industrie befanden.

Eröffnung des Augustum Forum. Aus Rom wird uns gedrahtet: Heute, am Geburtstage Roms, den 21. April, den der Faszismus bekanntlich an die Stelle des 1. Mai gesetzt hat und an dem alle Arbeit zu ruhen hat, findet die Eröffnung des bisher von allen ungünstigen Augurien begleiteten Forum, dessen Ausgrabung seit Wochen durchgeführt wurde, statt.

Woran ist Dr. Hoefle gestorben? Kaum hatte der frühere Postminister Dr. Hoefle im Hedwigskrankenhause gestern die Augen für immer geschlossen, als auch bereits das Gerücht aufwauchte, Dr. Hoefle sei nicht an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben, sondern habe Selbstmord verübt. Es hieß, Dr. Hoefle habe größere Mengen Veronal genommen, die ihm als Medikament verordnet waren. Wie weit diese Gerüchte begründet oder nicht begründet sind, wird erst die Obduktion der Leiche ergeben. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß manherlei Gründe gegen die Annahme eines Selbstmordes sprechen. Sein allgemeiner Zustand war bereits vor einer Woche so schlecht, daß er bei dem Besuch seiner Gattin schon sehr hinfällig war. Alle Versuche der Freilassung des schwerkranken Dr. Hoefle zu erwirken, scheiterten da sogar noch vor wenigen Tagen nach Ansicht der Ärzte Dr. Hoefle „lebensfähig" war. Das tragische Ende des ehemaligen Reichspostministers ist um so ergreifender, als die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen immer mehr zusammenschrumpften und seine Verteidiger für den Fall der Eröffnung des Strafverfahrens mit Bestimmtheit eine Freisprechung erwarteten.

Mord aus Eifersucht. Wie schon kürzlich berichtet, wurde in dem Ludwigshafen benachbarten Dorfe Roxheim die vierundzwanzigjährige Ehefrau Katharina Biel mit gespaltenem Schädel erschlagen aufgefunden. Nun konnte der der Tat verdächtige Ehemann der Ermordeten in Mannheim verhaftet werden, als er im Zirkus Krone um Arbeit nachsuchte. Er hat auch die Tat eingestanden und als Motiv angegeben, daß seine Frau Verkehr mit anderen Männern gehabt habe. Als er ihr deshalb Vorwürfe gemacht, wäre es zu einem Streit gekommen, in dessen Verlauf er sie mit einer Eisenstange erschlagen habe.

Hundert Jahre deutscher Buchhandel. Im Plenarsitzungssaale des Reichswirtschaftsrates fand ein künstlerisch-literarischer Abend des zum Zentralverband der Angestellten gehörigen Börsenvereins deutscher Buchhändler statt. Vorbereitungen des Steiner Rothstein-Quartetts bildeten den musikalischen Teil des Abends, und gaben dem Fest den stimmungsvollen Rahmen. Alfred Peierle brachte Teile aus Dichtungen von Hans Baluschek, Arno Holz und Heinrich Schulz wirkungsvoll zu Gehör. Lebhaft applaudiert wurde Felix Fechenbach, der aus seinem Werke „Im Haus der Freiheiten" eines der ergreifendsten Kapitel vorlas. Den Kernpunkt des Abends bildete ein kulturhistorischer Vortrag von Friedrich Wendel über das Thema: „Hundert Jahre deutscher Buchhandel". Der Vortrag gab einen Rückblick über das einhundertjährige Bestehen des Börsenvereins deutscher Buchhändler, und gewährte einen Einblick in das demokratische Prinzip des Entstehens, Seins und Werdens des deutschen Buchhandels. Eine schwere Zeit folgte nach Erfindung der Buchdruckerkunst für ihn. Kirche und Zensurüberwachung übten einen harten Druck aus. Erst die französische Revolution mit ihren Emzyklopädisten schaffte eine ideologische Verbreitung des demokratischen Gedankens gegen die klerikalischen Anmaßungen. Der Redner gewährte dann noch einen Ausblick auf das Ziel des deutschen Buchhandels: Jeder Mensch habe ein Recht auf geistige Nahrung, da aber die Bücherversorgung der Massen nicht auf privatem Wege möglich sei, und die Organisationen in letzter Konsequenz ohne Beihilfe von dem materiellen auch das geistigen Niveaus, eine Demokratisierung des geistigen Lebens wollen, so sei diese Frage eine aktuell organisatorische.

Brand im Stadttheater.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

*** Stettin,** 21. April.

Ein schweres Brandunglück hat das Stadttheater in Stargard betroffen. Der Brand, der durch Kurzschluß in der Nähe des Scheinwerfers im Saale entstanden sein soll, griff schnell um sich. In wenigen Minuten stand der ganze Dachboden über Saal und Bühne in Flammen. Mit acht Schlauchleitungen ging die Mehr dem Brand zu Leibe. Unter großem Getöse stürzte die Saaldecke ein. Auch das Bühnenhaus fing Feuer, doch konnte das gänzliche Ausbrennen verhindert werden. Erst nach vierstündiger Arbeit konnte die Wehr unter der Zurückziehung vieler Brandwache wieder abrücken. Saal und Bühne bilden einen Trümmerhaufen und die übrigen Räume haben schweren Brandschaden erlitten.

Der Thüringer Lustmörder verhaftet.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

*** Jena,** 21. April.

Wie von uns berichtet, wurde am Ostermontag in der Nähe von Eisenberg in Thüringen an der 10jährigen Schülerin Gertrud Frank ein Lustmord verübt. Der Täter ist gestern nachmittag in der Nähe von Jena nach Verübung eines neuen Verbrechens verhaftet worden. Er wurde als beschäftigungsloser aus Lausche in Thüringen stammender 20jähriger Arbeiter Karl Sommer festgestellt, der sich in Jena längere Zeit obdachlos umhergetrieben hat und in seinen Papieren als geistig minderwertig bezeichnet wird.

Der Verbrecher hatte aus einer auf einer Straße am Waldrande nicht weit von dem Dorfe Rennsdorf spielenden Kinderschar ein sechsjähriges Mädchen ergriffen und in den Wald verschleppt und sich dort an ihr vergangen. Bei einem eingehenden Verhör gestand der Täter beide Verbrechen ein.

Grunewald.

Mittwoch, 22. April, 3 Uhr.

1. Gnadenfrist — Rogulus.
2. Lodzander — Magnolie.
3. Oceana — Stall Below.
4. Magelone — Erzhallante.
5. Berta — Fräulein.
6. Tante Hill — Rotdorn.
7. Schaumschläger — Messina.

Personalien. Der Leiter der Pressestelle des Polizeipräsidiums, Polizeihauptmann Schartow, ist nach der Polizeischule in Eiche versetzt worden. In Hauptmann Schartow verliert die Berliner Presse einen treuen Freund, der sich für sie stets bereitwilligst mit Rat und Tat einsetzte.

Die Lage in der Berliner Metallindustrie. Die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und der Organisation der Ausfertigungsmeister, durch deren Ausstand rund 7500 Metallarbeiter beschäftigungslos geworden sind, haben keine Einigung gebracht, so daß dieser Teilstreik weitergeht. Auch in dem Konflikt über das Arbeitszeitabommen und damit verbunden über die weitere Lohnfrage sind weitere Verhandlungen bisher noch nicht in Aussicht genommen worden. Es besteht lediglich die Hoffnung, daß das Reichsarbeitsministerium beide Parteien zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenbringt, um einer Ausdehnung des Konfliktes in Groß-Berlin vorzubeugen.

Schwerer Straßenunfall. Heute morgen gegen 8 Uhr ereignete sich an der Ecke Turmstraße und Alt-Moabit ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Auto. Ein Triebwagen der Linie 19 E kam in voller Fahrt von der Lessing-Brücke die Stromstraße herunter und stieß Ecke Alt-Moabit auf ein Privatauto, das durch die Gewalt des Anpralls schwer beschädigt wurde. Der Führer der Straßenbahn trug eine schwere Augenverletzung davon und mußte ins Krankenhaus Moabit gebracht werden. Mehrere Fahrgäste der Straßenbahn sind durch Glassplitter verletzt. Die Untersuchung an Ort und Stelle durch Kontrolbeamte der Straßenbahn ergab, daß die Bremsen versagt hatten.

Ein Opfer seines Berufs. Dem bekannten Orthopäden Geheimer Sanitätsrat Dr. Köhler in Bad Elster mußte infolge langjähriger Tätigkeit im Röntgen-Laboratorium die rechte Hand amputiert werden. Geheimrat Köhler hat die Operation gut überstanden und behält die Leitung seines Sanatoriums. — Der praktische Arzt Dr. Schleusener aus Bleß a. d. Ostbahn geriet, als er nach einem Krankenbesuche in einem Nachbardorfe sein Motorrad reparieren wollte, mit der fünften Hand ins Getriebe, wobei ihm mehrere Finger so schwer verletzt wurden, daß er im Krankenhause zu Landsberg (Warthe) Aufnahme finden mußte.

Die Flucht um den Erdball. Der 36 Jahre alte Bankangestellte Max Eck, der bei einer hiesigen Großbank beschäftigt war, hatte hier besonders ausländische Wechsel zu bearbeiten. Kubanische Kunden gaben ihm Empfehlungsschreiben an Geschäftsfreunde, falls er gelegentlich die Absicht habe, sich einmal im Auslande zu betätigen. Kaum hatte er die Empfehlung in der Hand, besorgte Eck sich alle nötigen Pässe, fälschte einen Scheck über 34 000 holländische Gulden, hob das Geld bei einer Amsterdamer Bank ab und reiste zunächst nach London und von dort auf einem Frachtdampfer nach Kuba. Die Berliner Kriminalpolizei benachrichtigte durch Funkspruch alle Hafenplätze und Auslandsposten, die in Betracht kommen konnten. Schon nach vierzehntägigem Aufenthalt in Havanna faß Eck dort hinter Schloß und Riegel. Die Auslieferung wurde beantragt und bewilligt. Der Fälscher traf gestern mit einem Dampfer als Gefangener in Bremen ein und wurde von Berliner Beamten in das Moabiter Untersuchungsgefängnis gebracht. Seiner Geliebten hatte Eck 1000 Gulden geschickt, doch hatte diese den Betrag an die Bank zurückgezahlt, nachdem sie erfahren, auf welchem Wege der Betrüger das Geld erworben hatte.

Reichsamt Schwarz Rot Gold. Kameradschaft Mitte: Dienstag, den 21. April, abends 7 Uhr, Antreten vor dem Gaubüro zur Dienstentleitung. — Kameradschaft Neukölln-Britz: Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr Kameradschaftsturnen in der Turnhalle Mainzer Straße. — Kameradschaft Köpenick und Untergruppen: Mittwoch, den 22. April, abends 7 Uhr, Saalschutz der Zentralversammlung in der Körner-Schule. — Kameradschaft Mitmersdorf: Mittwoch, den 22. April, abends 7.15 Uhr, Antreten Hohenzollernplatz zur Teilnahme an der Kundgebung in den Spichernsälen.

Der Neuaufbau der Preußenkasse.

Beinahe 1 Milliarde M. Kredite eingeräumt.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse legt ihren Abschluß für 1924 vor. Dieses Jahr des allgemeinen Wiederaufbaus hat auch denjenigen des Goldkapitals der Preußenkasse durch Erhöhung der staatlichen Einlage und der Beteiligung der genossenschaftlichen Kreise und der ihnen gleichgestellten Kreise gebracht. So wurde die Einlage des preußischen Staates um 30 Mill. Goldmark bis auf 35 586 200 Rm. erhöht. Gleichzeitig hat sich die Beteiligung der Vereinigungen und Verbandskassen usw. bis Ende 1924 auf 29 835 000 M. gesteigert, und zwar verteilt sich das auf 31 Organisationen ländlicher und 14 städtischer Art. An Gewinnen wurden 1924 von der Preußenkasse erzielt: 13,42 Mill. M. Zinsen, 0,81 Mill. M. Vermittlungsgebühren, 2,4 Mill. M. Gewinn aus Effekten. Zuzüglich kleinerer Posten ergeben sich 16,81 Mill. M. Gesamtbruttogewinn, wovon nach Abzug aller Unkosten von 3,14 Mill., nach Zuweisung von 1,97 Mill. Rückstellung für Pensionen, 114 571 M. Abschreibungen und 7 Mil. M. Zuweisung an die Besonder Rückstellung 4,58 Mill. M. Reingewinn verbleiben. Aus ihm werden 10 pCt. Gewinn ausgeschüttet, d. h. auf die Einlagen des Staates, der Verbandskassen usw. werden 1 099 484 M. verteilt, während 3,4 Mill. M. für die ordentliche Rückstellung und 53 377 M. für die Besondere Rückstellung reserviert werden. Der Effektengewinn entstammt im wesentlichen den 2 Mill. M Roggenrentenbriefen, die die Preußenkasse vom Staat als Teil seiner Einzahlungen erhielt. Die hohe Zuweisung von 7 Mill. an die Besondere Reserve ist, wie wir hören, in der Erwägung geschehen, daß einerseits im Jahr 1925 die Zinseinnahmen, entsprechend der Herabsetzung der Zinssätze auch der Preußenkasse, geringer sein werden, während andererseits in der starken Ausdehnung des Kreditgeschäftes Risiken liegen, gegen die ein Gegengewicht zu schaffen ist. Ende 1924 hatte, man, wie in diesem Zusammenhange interessieren dürfte, nahezu 800 Mill. M. an Krediten eingeräumt, die aber nicht voll in Anspruch genommen waren. Bis Ende März hatte sich diese Zahl bis auf 917,5 Mill. gesteigert, wovon 726,6 Mill. landwirtschaftlichen und 89,2 Mill. den städtischen Genossenschaften, die restlichen 102 Mill. der sonstigen Kundschaft zur Verfügung gestellt waren. Demnächst wird die Gesamtsumme der eingeräumten Kredite einer Milliarde M. erreichen (Anfang 1914 hatte demgegenüber diese Summe nur 65,4 Mill. betragen.

Ende 1924 waren die Hauptposten der Bilanz der Preußenkasse unter den Aktiven in Millionen M.: 23,62 ausstehende Einzahlungen auf die Vermögenseinlagen der Verbandskassen, 4,57 Bestanden, 22,92 Wechsel, 1,25 Beteiligungen, 1,16 Bankguthaben, 39,56 Darlehen für Saatgutbeschaffung, 78,57 Pfanddarlehen, 12½ Forderungen in laufender Rechnung und 2,82 Dienstgebäude. Demgegenüber stehen an Hauptpassiven in Millionen M.: 63,42 Grundkapital, 8,18 Besondere Rückstellung, 1,00 Rückstellung zu leistende Einzahlungen auf Beteiligungen, 67 Guthaben von Reichs- und Staatskassen, 58,59 Rentenbank-Abwicklungskredite, 11,07 Darlehen von Banken und Bankiers, 10,66 Schulden in laufender Rechnung (d. s. Guthaben der Verbandskassen usw.), ferner 33,3 an Kündigung gebundene und auf feste Termine hereingenommene Gelder, 9,78 eigentliche Depositen.

In der vom Präsidenten Semper geleiteten Ausschußsitzung wurde den Anträgen auf Kapitalbeteiligung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin, der Thüringischen Staatsbank, Weimar, und der Deutschen Domänenbank, Berlin, N. Berlin, zugestimmt, ebenso dem Antrag, am 1. Mai und 3. 31. Dezember d. J. je weitere 20 pCt. auf die Kapitalbeteiligungsbeträge einzuzahlen. Dadurch wird sich das Grundkapital auf 69 Mill. erhöhen und dem Vorkriegskapital (85,6 Mill.) nahekommen.

Der mündliche Bericht, den der Präsident erstattete, ließ erkennen, daß die Genossenschaften im Berichtsjahre tatkräftig mit dem Neuaufbau begonnen haben, nachdem der Währungsverfall zuvor durch geeignete Grundlage zerstört hatte. Die Goldmarkumstellung ist durchgeführt; diejenigen Spar- und Darlehnskassen, die dem Währungssturze erlegen waren, sind mit Hilfe der genossenschaftlichen Zentralkassen und der Preußenkasse wieder in Tätigkeit gesetzt worden, neue Spar- und Darlehnskassen sind in immer steigendem Maße zuzufließen. Die genossenschaftlichen Zentralvaranstalten haben einen erheblichen Vormögenzuwachs in die neue Währung hinüberbringen können, und bei den Zentral- und Einzelkreditgenossenschaften sind jetzt ebenfalls wieder mehr oder minder ansehnliche Vermögen vorhanden. Allein das Eigenvermögen der mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse arbeitenden Zentralgenossenschaftskassen beträgt nach der Umstellung 113 Millionen Rm. und hat sich bis Ende 1924 auf 761 Millionen Rm. wobei die Zehntausende von Einzelgenossenschaften, von denen der größte Teil auf der unbeschränkten Haftpflicht beruht, nicht berücksichtigt sind. Neben den Wechselkrediten ist die Preußenkasse nach Anwachsen der eigenen Mittel und der Depositen auch wieder zur Kreditgewährung in laufender Rechnung übergegangen. Durch Eingreifen des preußischen Staates und anderer Landesregierungen vermochte sie ferner etwa 72 Millionen Rm. zwecks Linderung der Ernteschäden vom Sommer und Herbst 1924 als Sonderkredit wirdit, zu 5% Jahreszins auszuleihen, die dem Einzellandwirt zu 6 pCt. zur Verfügung stehen. In anderen Fällen freilich, wo ganz dringende Not nicht vorliegt, sprechen erhebliche wirtschaftliche und banktechnische Gründe gegen das System der Sonderkredite. Die Kreditbeschaffung ist nicht Aufgabe der Kasse allein, daß es sich bei diesen Sonderkrediten nicht etwa um staatliche Unterstützungen, sondern vielmehr um Mittel der betreffenden Kreditinstitute handelt, für deren Verwendung diese das volle Risiko tragen.

Präsident Semper richtete einen dringenden Appell an die Genossenschaften, bei der Gewährung weiterer Kredite äußerste Zurückhaltung zu üben und darauf zu dringen, daß Kredite nur in Gewerbe und Landwirtschaft zu zweifellos produktiven Zwecken gewährt wirdit, in Fällen weiter auf die Notwendigkeit hin, in möglichst weitem Umfange die illiquiden Betriebskredite in Realkredite umzuwandeln.

In der Zinspolitik ist die Preußenkasse führend vorgegangen. Ab 1. März 1925 stellt sie den genossenschaftlichen Zentralkassen die Hauptwechselkredite zum Reichsbankgesetz zur Verfügung und ist bestrebt, sobald als möglich noch unterdiesen Satz zugehen, wie es in der Vorkriegszeit der Fall war. Die Preußenkasse wird, wie Semper nachträglich hervorhob, den Genossenschaftskreisen nur dann die Kredite billig zur Verfügung stellen können, wenn ihr, wie bisher, der direkte Zugang zum offenen Geldmarkt in jeder Weise erhalten bleibt.

In der Sitzung wurde endlich noch die Notwendigkeit betont, daß die öffentliche Hand Geldes (Post, Eisenbahn) wie bisher der Preußenkasse direkt, ohne verteuernde Zwischenstellen zufließen, und eine dahingehende Entschließung angenommen.

(Hierzu eine Beilage).

Verlag und Druck: Ullstein A.-G. Berlin.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Chefredakteur: Georg Münch Verantwortlich Max Mattersdorf-Friedenau.

Beilage zu Nummer 187 — Dienstag, 21 April 1925 abends

Börsen und Aufwertung.

Die heutige Tagung der Vorstände.

Im Dienstgebäude der Berliner Handelskammer fand heute mittag die von uns angekündigte Versammlung der Deutschen Börsenvorstände statt, um zu dem Entwurf des Aufwertungsgesetzes Stellung zu nehmen und zu besonderen auch die für die Anleihebesitzer und der Börsenverkehr zu erwartenden Folgen zu erörtern. Die Versammlung war aus allen Teilen des Reiches besucht. Es waren die Börsenvorstände von Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Stuttgart, Essen, Köln, Mannheim, Lübeck, Dresden, Leipzig, Zwickau, München, Hannover, Breslau, Stettin, Magdeburg und Düsseldorf vertreten.

Nach begrüßenden und einleitenden Worten des Vorsitzenden des Berliner Börsenvorstandes, Bankier Edgar Rosenthal, ergriff der Frankfurter Bankier Leopold Merzbach das Wort zu einem eingehenden Referat. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte der Referent die These, daß die unterschiedliche Behandlung von Alt- und Neubesitz dem Charakter des Inhaberpapiers widerspricht. Soziale Rücksichten können diese Tennung nicht begründen, da sich unter den Altbesitzern Reiche, unter den Neubesitzern Arme befinden können. Die banktechnische Aufgabe sei nicht zu lösen. Die Einführung des Eides aber würde, wie es der Redner formulierte, zu einer höchst rentablen Schwindustrie führen. Zugrunde liege dem Entwurf die Abneigung gegen die Spekulation. Es sei aber Spiel und Spekulation zu unterscheiden, und zu beachten, daß eine Behandlung der Spekulation, wie sie die Regierungsentwürfe vorsehen, die Unterbringung neuer Anleihen im In- und Auslande verscheuen müsse. Der Wust von Papiermarkanleihen muß beseitigt werden. Bei der gegenwärtigen Regelung ist aber zu befürchten, daß die leer ausgehenden Neubesitzer die Einreichung ihrer Stücke zur Umwandlung vielfach unterlassen werden.

K-Schätze — Zwangsanleihe — Sparprämienanleihe.

Skeptisch betrachtete der Redner den Ertrag aus dem Reichsbahndividenden, da die im Dawes-Gutachten als mutmaßliche Einnahme vorgesehenen Summen schon durch die Obligationen-Verzinsung und Tilgung, sowie durch die Verkehrssteuern aufgezehrt werde. Im einzelnen sei von allen die Behandlung der K-Schätze, die auf Regierungswunsch zu hohen Preisen an den Markt gebracht wurden, und der Zwangsanleihe zu beanstanden. Die Zwangsanleihe habe nicht bloß den Charakter einer Steuer getragen, sondern auch den einer Schuldverschreibung, da sie zum größten Teil mit Kuponsbogen ausgegeben wurde. Auch die Abfindung der Sparprämienanleihe wurde als unzulänglich betrachtet. Alle diese Mängel müßten die Börsenorgane zu entschiedener Gegnerschaft gegen die Regierungsentwürfe veranlassen.

Keine Trennung zwischen Alt- und Neubesitz.

Dieser Kritik schloß Merzbach einen positiven Vorschlag an, bei dem die Trennung von Alt- und Neubesitz aufgegeben wird. Dagegen ist die Umwandlung in 5proz. Ablösungsschuld beibehalten und ebenso ein jährlicher Betrag von 100 Millionen für den Tilgungsdienst vorgesehen. An Stelle der Zinszahlung müsse die technisch einfachere Tilgung treten. Diese Tilgung soll nicht zum Nominalbetrag erfolgen, sondern solange der Börsenkurs den Nominalbetrag überschreitet, durch freihändigen Ankauf an der Börse. Nach Redners Ansicht würde der Gesamtbetrag der Ablösungsschuld von 5,5 Milliarden M. in 15 Jahren getilgt werden können, da der Börsenkurs meistens doch erheblich unter pari liegen würde. Auch der Entente sei dieser Vorschlag vorteilhaft, der mit geringen Mitteln, die nur 4 Pct. der Dawes-Last betragen, die ungeheure Papiermarkschuld des Reiches und der Länder tilgen läßt und damit die Anleihefähigkeit wiederherstellt. Eine etwaigdrohende Verbriefung der jährlichen Leistung von 100 Millionen M. ist freilich nötig.

Der soziale Grundgedanke der Entwürfe findet bei der Bankwelt Beifall. Die Technik müsse geändert werden. Der Redner gibt zu erwägen, daß das Recht der Vorzugsrente an eine der Vermögensentwertung geknüpft wird. Für die Unvermögenden, die nicht deklarationspflichtig waren, hält Merzbach die Eidesleistung für unumgänglich. Zum Schluß wandte sich der Referent gegen die Grundtendenz des Entwurfs, die das mobile Kapital treffe, und deren Folge eine Ablehnung gegen die Aufnahme weiterer Staatsanleihen sein müsse.

Nach den Ausführungen Merzbachs, die einen großen Beifall bei der Versammlung auslösten, führte der Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft Dr. Mosler aus, daß es das Staatswohl gebiete, daß die ungeheuren Papiermassen der Anleihen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit verschwinden; sie wären eine stete Quelle des Mißmutes in allen Schichten der Bevölkerung, und es sei ein Gebot der Erhaltung der Ordnung, daß reiner Tisch gemacht werde. Deshalb sei grundsätzlich der Ablösung der Anleihen zuzustimmen. Aufs schärfste sei aber gegen die Unterscheidung von Alt- und Neubesitz zu protestieren; man dürfe sich nicht gegen den Begriff des Inhaberpapiers versündigen. Die praktische Durchführung der Unterscheidung sei überdies eine Unmöglichkeit.

Der Standpunkt des Finanzministeriums.

Geheimrat Norden vom Reichsfinanzministerium machte demgegenüber geltend, was die Reichsregierung zu der Unterscheidung zwischen Alt- und Neubesitz geführt habe. Es bestehe bei der Regierung durchaus keine Abneigung gegen die Spekulation, die sich in vernünftigen Grenzen bewegt. Wenn trotzdem die Unterscheidung zum Ausgangspunkt des Entwurfes genommen ist, so hänge das damit zusammen, daß die alten Anleihen nur Markforderungen, keine Reichsmarkforderungen darstellen. Demgemäß könne für sie nur eine Entschädigung für Verluste in Frage kommen. Diese Entschädigung dürfe aber keinen Gewinn für spätere Erwerber bedeuten. Der Auffassung der Regierung entspreche auch diejenige des Parlaments, das sich energisch gegen die Beteiligung der Erwerber in den letzten Jahren ausgesprochen hat. Die Regierung ist übrigens bereit, den Strafparagraphen 58 zu streichen, ferner steht sie einer besseren Regelung der Ausgelegenheit der K-Schätze nicht ablehnend gegenüber. Freilich könne diese Besserung nicht so groß sein, daß gegen den jetzigen Börsenkurs ein Nutzen bestehe. Der Vorschlag Merzbachs bezüglich des Rückkaufs sei dankenswert, er werde dem Minister unterbreitet werden. Endlich gab Norden zu, daß die Unterscheidung mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden sei, indessen würden sich doch Mittel und Wege finden lassen, daß sich die an die Bankweit zu stellenden Anforderungen im Rahmen des Möglichen halten.

Demgegenüber unterstrichen den Standpunkt Merzbachs für die Stuttgarter Börse Geheimrat Fischer, für die Hamburger Börse Bankier Goetz, für die Kölner Börse Dr. Seligmann und für den Centralvorstand des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes Rechtsanwalt Dr. Bernstein. Im einzelnen sprach Geheimrat Fischer den Wunsch aus, daß die Abfindungsverpflichtung für Länder und Gemeinden nicht nach oben beschränkt werden sollte. Goetz stellte die Wichtigkeit unseres Anleihekredites im Auslande in den Vordergrund; Dr. Seligmann machte Befürchtungen geltend, daß eine Störung der Börsenfunktionen durch den jetzigen Abfindungsplan drohe, und Dr. Bernstein bedauerte, daß die Regierung vor Fertigstellung des Entwurfes sich nicht des Rates der sachverständigen Kreise genügend bedient hätte.

Das letztere Moment schob auch Bankier Richard Pohl von der Hiesigen Filiale der Dresdner u. Co. in Vordergrund. Er setzte dabei auseinander, daß die Spekulation in den Anleihen im allergünstigsten Falle hundert Millionen Mark verdient haben könnte, wobei aber die internationale Spekulation, nicht allein die deutsche, gemeint sei, und von diesem Gewinn sei zweifelsohne schon wieder der größte Teil geschwunden. Es sei absurd, deswegen die Unterscheidung durchzuführen.

Besonders interessant war, daß Dr. Steiniger vom Aufwertungsausschuß sich persönlich vollkommen auf den Standpunkt des Referenten und der Sprecher der Börsenvorstände die stellte, soweit die Unterscheidung zu verwerfen sei. Gewiß sei es erwünscht, daß die Spekulation nichts bei der Abfindung verdiene, aber der vorgeschlagene Weg sei nicht der richtige, man müsse auf andere Mittel sinnen. Endlich wurde vom Vertreter des Münchener Börsenvorstandes die nachfolgende Entschließung eingebracht, die wir in ihren wichtigsten Teilen wiedergeben:

Die Resolution.

„Die Vorstände der deutschen Wertpapierbörse warnen eindringlich davor, daß bei der Aufwertung und auf die Milderung von Ungerechtigkeiten und die Stärkung des Vertrauens zu den deutschen Staatsanleihen gerichteten Absichten neue schwere Ungerechtigkeiten begangen und große allgemeine Interessen verletzt werden. Von diesem Standpunkt aus lehnen sie die Behandlung der Alt- und Neubesitz unbedingt zu verwerfen. Ganz abgesehen davon, daß die Unterscheidung den Banken eine technisch kaum zu leistende Arbeit aufbürdet und die Gerechtigkeit gerade zu demonstrierende Anreiz zu falschen Versicherungen bieten würde, wäre sie durchaus ungerecht, weil Alt- und Neubesitz keineswegs gleichbedeutend mit Besitz der Bedürftigen und Besitz der Nichtbedürftigen ist. Vor allem aber ist sie unvereinbar mit dem Wesen der Anleihen als Inhaberpapiere und mit den Grundsätzen der börsengesetzlichen Regelung der Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel, auf welche sich die Erwerber der Anleihen verlassen haben und nach unserer Ansicht gegen guten Ueberlieferung verlassen durften. Deshalb würde ein solcher Vorgang das Vertrauen zu deutschen Staatsanleihen nicht stärken, sondern auf das stärkste erschüttern, die notwendige Unterbringung künftiger Anleihen ernsthaft gefährden und dem nach Schutz und Hebung verlangenden Ansehen Deutschlands im Ausland einen kaum erträglichen Schlag zufügen. Für unbegründet und unnötig erscheint die Verwendung der Unterscheidung zur Stärkung der Aufwertbarkeit von Anleihen der Länder und vorallem der Gemeinden. Sie empfiehlt, diese Beschränkung in Fortfall zu bringen.

Die versammelten Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen erheben deshalb namens der durch sie vertretenen Wirtschaftskreise einstimmig Widerspruch gegen den gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwurf, wobei sie gleichzeitig Ausdruck bringen, daß sie die Reichsregierung in der Durchführung einer zweckmäßigen, den berechtigten Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragenden Abfassung in jeder Weise zu unterstützen bereit sind."

Diese Resolution fand einstimmige Annahme.

Ein neuer Frachtenpool für das argentinische Geschäft.

Ein neuer Schiffahrtspool ist zischen den europäischen Reedereien, die Frachtschiffahrt nach Argentinien betreiben, auf einer Konferenz im Haag zustandegekommen. Die Reederei-en haben sich dahin geeinigt, einheitliche Frachtensätze und Quotenverteilung im ausgehenden und heimkehrenden Frachtenverkehr von fünf kontinentalen Häfen, außer Hamburg und Bremen. Die Quoten werden verteilt auf Grund der tatsächlichen Verfrachtungen. Von deutscher Seite sind die Hilfe-Linie, Hilfe-Amerika-Linie und die Hugo Stinnes A.-G. für Seeschiffahrt an dem Pool beteiligt, dagegen nicht der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, weil sie die außerdeutschen europäischen Häfen so gut wie gar nicht anlaufen.

Das Kohlensyndikat erneuert. Nach 24stündigen Verhandlungen ist heute morgen 8½ Uhr der neue Kohlensyndikatsvertrag von zahlreichen Zechen unterzeichnet worden mit der Maßgabe, daß die ausgetretenen Zechen bis zum 28. April, 12 Uhr mittags, die fehlenden Unterschriften nachzuholen haben. Die Mehrzahl der fehlenden Zechen dürfte noch, wie uns aus Essen gedrahtet wird, unterzeichnen, da sie nur infolge der langdauernden Verhandlungen frühzeitig den Verhandlungsort verlassen haben und im allgemeinen entschlossen waren, den Vertrag zu unterzeichnen. Eine Opposition besteht lediglich in einzelnen nur wenigen Zechen, die in der Frage der Vorverträge und der Beteiligungsziffern eine Sonderstellung einnehmen. Das sind im wesentlichen die seinerzeit zwangsweise dem Syndikat angeschlossenen Zechen de Wendel, Dahlbusch, Friedrich Heinrich und Becker Kohle. Zweifelhaft ist auch die Unterschrift des Vertrages durch Hugo Stinnes, der, obwohl, anwesend, bisher noch in Opposition steht. Da aber in jedem Fall nur eine Minderheit der Zechen zur Unterzeichnung fehlt, so ist anzunehmen, daß keine Zechen, diese Zechen erst zwangsweise anzuschließen. Ueber die Vertragsdauer ist bestimmt, daß der Vertrag bis zum 31. März 1930 Geltung haben soll.

Die umstrittenen Ilse-Vorzüge. Auch die heutige G.-V. der Ilse Bergbau A.-G. in der 32,42 Mill. Stammaktien und 7,071 Mill. M. Vorzugsaktien vertreten waren, stand im Zeichen der Opposition. Bei der Genehmigung der Bilanz wurde seitens der Opposition angefragt, ob die bewußten 60 Mill. M. Vorratsaktien, wegen der eine Nichtigkeitsklage schwebt, mitstimmen. Als dies namens der Verwaltung bejaht wurde, wurde gegen die Genehmigung der Bilanz von zwei Aktionären Protest erhoben. Sodann wurde der Abschluß für 1924 gegen 3387 Stimmen genehmigt. Die Opposition gab hiergegen, ebenso wie gegen sämtliche folgenden Punkte der Tagesordnung Protest zu Protokoll. Nach der Bilanz sollen aus einem Reingewinn von 5 782 157 M., wie schon kurz berichtet, eine Dividende von 6 pCt. auf die Vorzugsaktien, von 8 pCt. auf die Stammaktien und von 8 pCt. auf die Genußscheine verteilt werden. Auch die 60 Millionen Papiermark Vorratsaktien, die jetzt nur 12 Millionen M. ausmachen, wurden mit dieser Dividende ausgestattet, wodurch sich, wegen deren die Nichtigkeitsklage schwebt, erhalten eine Dividende von 6 pCt. Die Versammlung genehmigte sodann im gleichen Stimmenverhältnis die Statutenänderungen hinsichtlich der Vorzugsaktien. Danach wird der Endtermin der Rückzahlung der Vorzugsaktien von bisher 25 Jahren, vom Tage der Ausgabe an gerechnet, auf 50 Jahre verlängert und der Anteil der Vorzugsaktien am Mehrgewinn, bisher ⅔ des Anteils der Stammaktien über 30 pCt. Dividende, auf ⅓ vom Gewinn der Stammaktien über 8 pCt. Dividende festgesetzt. Sodann wurde beschlossen, die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 12 auf 14 zu erhöhen. Bei den Aufsichtsratswahlen wurden neugewählt Kommerzienrat Dr. Millington-Hermann (Deutsche Bank) und Direktor Wolfsohn (Darmstädter und Nationalbank). Für das verstorbene Aufsichtsratsmitglied Reh tritt Geh. Bergrat Hilger neu in den Aufsichtsrat ein. Die Opposition erklärte, daß ihr Protest lediglich im Hinblick auf die schwebende Nichtigkeitsklage wegen der 60 Millionen Vorratsaktien erfolgt.

Durchweg befestigt.

Lebhaftere Umsätze.

An der heutigen Börse konnte sich eine ausgesprochene Aufwärtsbewegung durchsetzen, die nur vorübergehend durch Insolvenzgerüchte — man wollte von Zahlungsschwierigkeiten eines kleineren Bankgeschäftes, einer großen Textilfirma und ferner von entsprechenden Vorgängen im Getreidehandel, über die an anderer Stelle berichtet wird, wissen — unterbrochen wurde. Anregend wirkten in erster Linie das Zustandekommen des Kohlensyndikats sowie die Frachtermäßigung für Eisen und Stahl. Insgesamt aber hat sich auch die Auffassung über die politische Lage etwas beruhigt.

Am Montanmarkt waren zum ersten Kurs Kattowitzer ++. Der zweite Kurs kam um 3pCt. höher zustande. Harpener eröffneten mit 131¼ und zogen im Verlauf bis 134½ an. Die übrigen Montanwerte folgten nicht ganz dieser Bewegung.

Der Rentenmarkt war auf die Sitzung der Börsenvorstände hin ebenfalls angeregter. Kriegsanleihe wurde mit 0,63 & 0,64, 0,63 gehandelt. 24er K-Schätze 0,61½, 24er 0,70 —. Türkenlose wurden heute ebenfalls wieder bei anziehendem Kurs lebhafter umgesetzt.

2-Uhr-Kurse.

Daimler 5,37, Hammersen 21,1, Ilse Bergbau 136,5, Bad. Anilin 136,5, Siemens u. Halske 7,15, A. E. G. 11,1, Gesfürel 127, Schuckert 61, El. Licht 6,62, Dt. Atl. El. 14,25, Laurahütte 78,75, Dt. Luxemburger 71,75, Gelsenkirchen 77,75, Caro 63, Oberschelf 9,25, Phönix 57,75, Harpener 134, Hohenlohe 19,25, Rheinstahl 48,75, Riedel 82,5, N. A. G. 113,25, Schultheiß 32, Orenstein 88, Leonhard Tietz 72, Salzdetfurth 26,4, Tarifwerte 78, Kolin Neussen 84, El. Hochbahn 78,75, Canada 38,12, 23er K-Schätze 0,62, 3½proz. Konsols 0,720, Kriegsanleihe 0,642½, Hamburg Packet 77,75, Nordd. Lloyd 107,75, Hansa 100,25, Hamburg-Süd 96,62, Dt. Erdöl 83,75, B. E. W. 5, Barmer Bankverein 115,5, Darmstädter 136,37, Disconto 115,9, Mitteldeutsche 100, Berl. Handels 145, Dt. Bank 124,25 excl. Dividende, Dresdner 107,25, Reichsbank 135,87, Südsee 42,5, Siemens 5,25, Salitrera 23,5, Diamond 20,5 Dt. Petroleum 14,37 Commerzbank 111, Disconto 116,5.

Am Markt der unnotierten Werte beobachtete man wieder süddeutsche Käufe in Großkraftwerk Franken, auch Ufa waren begehrt, ferner Zeitzer Chem. und Becker Kohle etwas freundlicher.

	21. 4.		21. 4.		21. 4.		21. 4.
Adler Kohle	6,625	Holzstoff	3,00	Jul. Sichel	2,10	Krüger.	115,50
Beck. Kohle	15,5	Hom. Glas†	0,03	Siem. Mot.†	97,25	Kunstseide	6,25
Becker Stahl	0,90	Hünlich	—	Strahl u. Glas	18,5	Bonnenberg	—
Bess	4,75	Ilse	0,25	Terra. Film	0,25	Niederförde	5,50
Brown Boveri	59,60	Ifa	0,17	Thür. Uhren	0,34	Ummendorf	0,58
Buderus	0,4	E. Rheydt †	130,25	Ufa	0,25	Wittekind	6,75
Ch. W. Terr.	5,00	Kons. Zeitz †	0,01	Zeiter Wiz.	14,51		
Dt. Lastauto†	88,00	Manoli. Zig.	0,55	Ufa	11,625	V.G.f. Peir-i.	1,35
Dux Proxima	43,00	Mitteldt. Stahl	—	Zeitz. Zeitz	7,75	Dt. Petrol	14,375
Evaporator.	0,30	Nation. Film	0,45	Winkelhaus	3,00		
Fraureth. Pa.	14,50	Nieth. Eis.†	49,00	Zeitz. Westf.	47,50	*Diamond	20,50
Frist. Kohle	8,00	Nordd. Rep.	1,25			Vorm.	4,00
Gesteide C.	—	Oles	2,00			*Salitrera	23,5
Glückauf	1,00	Pan. Zibb.†	0,01	Adler Kali	29,0	Siemen	5,00
Grade-Autc	0,07	Rose	3,25	Deutsche	2,125	*Ida Phosph	43,00
Grade Mot.	0,225	Rubland W.	1,2	Halle Kali	30,0		
Gräf. Frank	1,75	Schebera †	18,5	Hannov Kali	17,00	*C. Hisp. Akt	1362,5
Gumm. Elbe	15,50	Schwerdtf.	57,50	Heidburg Vz.	45,50	*do. arz. Bdr.	38,50
Hoechtropf.	39,00			Kali-Indust.	69,00	*do. span. do.	36,50

* in Mark per Stück. † in Goldprozenten.

*

Am Geldmarkt ist die Situation unverändert. Tägliches Geld bedingt 7—9 pCt., Monatsgeld 9½—11½ pCt., Privatdiskonten 8 pCt. für beide Sichten.

*

Am Devisenmarkt hat das englische Pfund eine Befestigung erfahren. Dementsprechend London gegen Kabel New York etwa 4,79¾, auch Schweiz und Holland liegen fest. Der französische Franken kann weiteren Rückgang gegen Paris 91,00—91,70.

Berliner amtliche Devisenkurse.

Freiverkehrsnotizen	Unter Diskont	21. 4. Geld	21. 4. Brief	17. April Geld	17. April Brief
Reichsb.-Disk. 9%, Lomb. 11 %,					
Holland . . . . 100 Gulden	4	167,56	167,98	167,34	167,76
Belgien . . . . 100 Franken	5½	21,18	21,24	21,25	21,32
Oslo . . . . 100 Kronen	6½	65,41	65,49	65,53	65,71
Kopenhagen . . . 100 Kronen	7	77,15	77,33	77,11	77,31
Schweden . . . 100 Kronen	5½	113,04	113,32	113,04	113,32
Danzig . . . . 100 Gulden	9	79,70	79,90	79,70	79,90
Helsingfors . . 100 Finnl. M.	9	10,519	10,551	10,519	10,551
Italien . . . . 100 Lire	6	17,37	17,27	17,205	17,245
London . . . . 1 Lstr	5	20,495	20,14	20,665	20,135
New York . . . 1 Dollar	5½	4,195	4,20	4,195	4,205
Paris . . . . 100 Franken	7	21,92	21,97	22,04	22,10
Schweiz. . . . 100 Franken	4	81,14	81,34	81,18	81,38
Spanien . . . . 100 Pesetas	5	58,90	60,04	60,02	60,16
Deutsch-Oest. abg.	100 Schilling	13	58,90	58,30	59,02	58,32
Prag . . . . 100 Kronen	7	12,43	12,47	12,427	12,467
Budapest . . . 100000 Kronen	11	5,614	5,634	5,614	5,634
Buenos Aires . . 1 Papier-Peso	—	1,506	1,524	1,507	1,501
Bulgarien . . . 100 Leva	10	3,06	3,07	3,063	3,073
Japan . . . . 1 Yen	7½	1,758	1,762	1,758	1,762
Rio de Janeiro . 1 Milreis	—	0,457	0,459	0,458	0,461
Jugoslawien . . 100 Dinar	7	6,765	6,785	6,75	6,77
Portugal . . . 100 Escudos	—	20,325	20,37	20,225	20,275
Konstantinopel . 1 türk. Pfd.	—	3,165	3,175	3,185	3,195
Athen . . . . 100 Drachmen	6½	7,89	7,91	7,85	7,91

Berliner Produktenverkehr.

Die heutige Berliner Produktenbörse verkehrte in sehr ruhiger Haltung. In Roggen war das Angebot eher etwas stärker. Am Markte der Zeitgeschäfte sehr kleines Geschäft mit abgeschwächten Preisen.

*

Zahlungseinstellung im Produktenhandel.

An der heutigen Produktenbörse wurde bekannt, daß die Firma Beyer, Bohm u. Co. G. m. b. H., ihren Gläubigern die Mitteilung gemacht hat, daß sie sich genötigt sehe, ihre Zahlungen einzustellen. Die Inhaber der Firma erfreuen sich an der Berliner Börse eines guten Ansehens; indessen wurde die insolvente Firma erst vor kürzerer Zeit gegründet. Sie betätigte sich vorwiegend im Cifpreschäft und beteiligte sich seit Eröffnung des Zeithandels auch an diesem. Wie es scheint, sind ihr hier durch Hausse-Engagements größere Verluste entstanden.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in G.-M.)	21 April	17. April
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinigung d. deutschen Elektrolytkupferwerke)	126,75	125,00
Original-Hüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverb.)		
Raffinationswerte 98,99,5 pCt	—	—
Original-Hüttenweichblei	64,00—67,00	64,00—67,00
Hüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	68,70—69,00	68,00—69,00
Remelted Plattenzink	61,00—62,00	61,00—62,00
Original-Hüttenaluminium, 98—99 pCt.	235,00—240,00	235,00—240,00
do. do. in Walz- oder Drahtbarren	245,00—250,00	245,00—250,00
Banka-, Strait-, Austral-Zinn	—	120,00—122,00
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	—	60,00—670,00
Reinnickel	340,00—350,00	340,00—350,00
Antimon-Regulus	118,00—119,00	120,00—121,00
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg.	92,50—93,50	92,00—93,00

0197

Weiterer Verlauf der Börse.

Der Kassamarkt zeigte heute eine freundlichere Haltung als an den Vortagen. U. a. gewannen: H. u. A. Lecher und Rheinische Textil 4, Adler u. Oppenheimer 3½, Braunschweiger Kohlen, Rhein.-Westfal. Elektr. je 3, während Ostpr. Dampfroßbahnen 10, Natron Zellstoff 4, Keramag und Vorwohler Zement 3 pCt. verloren.

Frankfurter Börse.

Die heutige Börse eröffnete etwas befestigt auf Deckungen. Badische Anilin 134½. Höchster Farben 130¾, Phönix 56,5.

Hamburger Börse.

An der Hamburgischen Börse war die Tendenz heute weiterhin etwas freundlicher.

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse:

Weizen, loko, mark. 245—247; per Mai 251—251½; per Juli 248—248½; Tendenz stetig. Roggen, loko, mark. 222—224; per Mai 211½—212—211½; per Juli 213½—214½; Tendenz ruhig. Sommergerste 210—230. Winter- und Futtergerste 185—205; Tendenz geschäftslos. Hafer, loko, mark. 195—204; per Mai 181 bis 184; per Juli 182; Tendenz behauptet. Mais, loko, Berlin —; per Mai 182½—183; fest. Weizenmehl 32—34,25. Roggenmehl 29,75—32. Weizenkleie 14,40—14,50. Roggenkleie 13,30—15,40 fest. Viktoriaerbsen 22—28, kleine Speiseerbsen 20—22. Futtererbsen 19—20. Peluschken 19—21. Ackerbohnen 19—20. Wicken 19—20. Lupinen blau 13—13. do. gelb 14—15. Serradella 14,75—16. Rapskuchen 14,50 bis 15,70. Leinkuchen 22,40—22,70. Trockenschnitzel 10,30—10,40. Zuckerschnitzel 17,75—18,50. Torfmelasse 9,30. Kartoffelflocken 19,40 bis 19,70.

Frühmarkt:

Hafer, guter 222—230; mittel 215—221; Gerste 235—245; gelber Platamais 200; kleiner Mais 204—206; Roggenkleie 158—160; Futterweizen 250—255.

Butterlieferung am 21. April: In Qualität 160; do. II. 142; abfallende 122.

Kartoffelnotierung am 21. April: weiße 2,00; rote 2,20; gelbfleischige 2,00.

Am Metallfreiverkehrsmarkt fanden heute bei ruhiger Tendenz einige Umsätze in Kupfer und Blei speziell für spätere Sichten statt. Die Kurse lagen etwas unter den gestrigen Notierungen im Einklang mit London. Die nichtamtlichen Kurse für Blei und Zink im Termin gehandelten Metalle wurden in beschränktem Umfange heute wieder aufgenommen und sollen bis auf weiteres fortgeführt werden. Endgültige Entscheidung über die Fortsetzung dieser Notierungen soll im Einvernehmen mit der Hamburger Börse getroffen werden.

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 21. April 1925

Fortlaufende amtliche Notierungen.

Festverz. Werte.	Berl.	Ausw.
Wertbest.		
Dt. Reichsanl.		
Dt. Schatz 16	9,75	9,80
do. 17	9,80	9,85
do. 18	7,10	—
do. 19	8,40	—
do. 20	8,50	—
do. 21	8,50	—
do. 22	8,50	—
do. 23	8,50	—
do. 24	8,50	—
do. Kriegsanl.	0,70	0,75
do. Schatz 1924	0,75	—
Pr. Schatz 7%	—	—
do. 4½%	0,32	0,31
do. ausgl.	—	—
do. Hinterpr.	0,75	—
Pr. Anl. Ablös.	0,705	0,715
do.	0,71	0,69
do.	0,715	0,695
Bayer. St. A.	0,61	0,64
do.	0,60	0,59
do. 10	0,61—0,063	1,063
Mainz. Gold	1,60	—
Mainkiau Anl.	42,00	—
do.	36,25	36,25
Mecklenb. Schuldverschr.	7,13	7,25
Sachs. Anl.	1,90	1,95
Sachs. Rente	0,14	0,14
Sachs. Staatsr.	0,325	0,325
Schutzgebiete		
Dt. Reichsanl.	1,15	1,15
Dt. Schutz-Anl.	0,05	0,05
Prämien-Anl.	0,54	0,555
Zinsschein-Anl.	1,02	1,025
Samoa 10 %	1,50	1,50
Dt. Ostafrika		
do. 1922	0,025	0,03
Kamerun	1,65	1,62
Kiautschou	0,20	0,275
Dt. Südwest		
Sächs. St. 19	0,03	0,025
Württ. St. 19	0,725	0,725
Pfälzer St. 19	0,725	0,725
Preuß. Pfandbriefe		
Berliner neue	0,25	0,27
do. neue	0,55	0,55
do.	—	—
do.	—	—
do.	1,45	4,45
do.	—	—
do.	—	—
do.	—	—
Pommersche	13,75	16,00
do. 3.	1,15	1,15
Pr. Ritt. 13	0,01	—
do. C. 2.	0,015	—
Sächs. neue	10,50	10,50
Schles. neue	10,50	10,50
do. do. 3.	2,70	2,80
Wertbeständige Anl.		
Anzahl. Goldpf.	0,50	0,60
Bad. L. 21 Thlr.	0,50	0,50
do.	0,50	0,55
do.	0,50	0,55
do. Gar. Weim.	0,50	—
Braunschw. 20	—	—
do. Roggen	—	—
Brl. Hr. St. 21	97,50	97,50
do.	—	—
do. Pfdbr. A. 1	0,50	—
Berl. Roggenw.	0,50	—
Bodenkr. Pfdbr.	34,25	35,75
Brdb. Kr. Gl. A.	—	—
do. Gl. A. 2	65,50	65,50
Sächs. Staat 8	—	—
do. 1923 4	—	—
Sächs. Bk. Pfdbr.	7,00	7,00
Sächs. Staat 8	7,00	7,00
Schl. Bdr. Gl. 3	64,00	64,00
Schl. Bdr. Gl. 4	64,00	64,00
Dt. G. K. 4	54,00	54,00
Dt. Gen. K. 4	0,50	—
Dt. Kaiserl. Gold	57,00	57,00
Schl. Ld. Pfdbr.	5,10	5,00
Schl. Ld. Rentenbr.	5,10	5,00
Dt. Kaiserl. Gold	68,10	68,10
Dt. K. G. Pfdbr.	10,25	10,25
do. do. Rogg.	5,00	5,00
do. do. Roggen	5,60	5,50
do. Wohnst. r. g.	1,80	1,80
do. Zweckspar	11,40	11,40
Dresden Roggen	5,50	5,50
Mitteldeutsch. K.	2,65	2,75
do. Roggen	—	—
Frdr. Zb. 3. 4	0,50	0,50
do. 3. 4. 5	0,50	—
do. 3. 4. 6	—	—
Flörsh. 3. 4. 23	—	—
Hamb. Hy. Gl. 3	4,81	4,80
do. Roggen	—	—
Gotha Gothr. 3. 4	100,00	100,00
Gothr. 3. 4	100,00	100,00
do. 3. 4	75,00	75,00
do. 3. 4	70,10	70,10
do. Gl. 3. 4	—	—
Gr. Kraftw. Hann.	0,75	—
Gr. Mannheim	0,50	—
Hbg. Hy. 3. Gl. P.	53,00	53,00
Kyn. Pr. Hyp.	75	75
Hann. Bdn. Pfdbr.	0,50	—
Kiel. Hypothek	0,50	—
Lübeck. Hypothek	0,50	—
Meckl. Hypothek	0,50	—
Mitteldt. Bodenkr.	0,50	—
Nordd. Grdkr. 4	0,50	—
Nordd. Grdkr. 5	0,50	—
Pr. Bodenkr. 4	0,50	—
Pr. Bodenkr. 5	0,50	—
Pr. C. B. G. P. 4	100,75	100,75
Pr. C. B. G. P. 5	56,00	56,00
Pr. C. B. G. K. 4	97,00	97,00
Pr. C. B. G. K. 5	83,00	83,00
Pr. C. B. G. Pf.	4,00	5,10
Pr. C. B. G. Pf.	4,00	5,10
Pr. B. G. Pf. 24	56,00	56,00
do. Kom. 24	56,00	56,00
Pr. Ldw. Zb. 4	97,50	97,40
do. 37	96,00	96,50
do. 38	95,50	95,50
Pr. Ldw. G. Pf.	1,75	1,75
Pr. Ldw. G. Pf.	1,75	1,75
Pr. Kalw. Anl.	4,22	4,40
Pr. Roggenw.	4,22	4,40
Pr. Schutzgebiet	10,75	10,75
do. K. 5	18,00	18,50
do. G. Pf. 2	11,00	11,00
do. G. Pf. 2	—	—
do. G. Pf.	70,00	70,00
Sächs. Ld. 21	51,00	51,00
do. Gl. 27	83,00	85,00
Sächs. Ld. 1. 2.	0,50	0,50
Sächs. M.-Ann.	62,50	61,50
Thür. Ldbk. Pfd.	54,50	54,50
Thür. Ldbk. Pfd.	54,50	54,50
do. 8. 3. 23	97,00	97,00
do. 8. 5. 4 a	97,00	97,00
do. 8. 5. 4 b	58,75	58,75
do. 8. 1	70,00	70,00
do. 8. 2	51,00	51,00
do. Gold K.	—	—
do. Rogg. 5	5,50	5,50
do. Rogg. 6	5,50	5,50
do. Rogg. Pf. 1	1,00	—
do.	—	—
do. Pfdbr. A. Pf.